Annoncen-
Annahme-Bureaus.
In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wilhelmstr. 17)
bei C. H. Ulrici & Co.
Breitestraße 14,
in Gnesen bei Th. Spindler,
in Grätz bei L. Streisand,
in Meseritz bei Ph. Matthias.

Mittag-Ausgabe.

Posener Zeitung.

Neunundachtzigster Jahrgang.

Annoncen-
Annahme-Bureaus
In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien:
bei G. L. Daube & Co.,
Haasenstein & Vogler,
Rudolph Mosse.
In Berlin, Dresden, Görlitz
beim „Invalidendank".

Nr. 413.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Donnerstag, 15. Juni.

Inserate 20 Pf. die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum, Reklamen verhältnißmäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1882.

Deutscher Reichstag.

18. Sitzung.

Berlin, 14. Juni, 11 Uhr. Am Tische des Bundesraths Fürst Bismarck, v. Bötticher, Scholz, v. Mayr u. A.

Die zweite Berathung der Monopolvorlage wird fortgesetzt.

Abg. Ackermann: Meine Partei vermag für das Monopol nicht zu stimmen, doch ist sie entschossen, die sozialpolitischen Pläne des Reichskanzlers nach Kräften zu fördern. Insoweit zu diesem Zwecke Mittel nothwendig sein sollten, sind wir bereit, sie zu bewilligen. Aber wir glauben, daß zur Erreichung dieses Zweckes eine die Interessen der Privaten so schwer verletzende Vorlage nicht das richtige Mittel ist. Der Redner führt aus, daß der Nachweis der Rentabilität des Monopols mehr als zweifelhaft sei, daß es Hamburg und Bremen schwer schädigen würde und schließt mit dem Wunsche, daß es aus dem Grabe, in welches man es jetzt versenke, niemals wieder lebendig auferstehen möge.

Nach dieser Rede tritt der Herr Reichskanzler ein und verlangt sofort das Wort.

Reichskanzler Fürst von Bismarck: Es ist mir gestern anderweitiger Geschäfte wegen nicht möglich gewesen, der Sitzung beizuwohnen und ich habe von den Vorgängen in derselben nur durch die mir bisher zugänglichen gedruckten Berichte Kenntniß nehmen können. Auch die vorgestrige Rede des Abg. Bamberger habe ich nicht hier mit anhören, sondern mir nur anderweit davon Rechenschaft geben können. Ich habe in dieser, so viel ich weiß, nichts gefunden, was die uns beschäftigende Frage objektiv berührte und die Gründe, die ich für die Vorlage angeführt habe, widerlegte. Er hat im Wesentlichen meine Politik im Allgemeinen angegriffen, wie bei anderen Gelegenheiten, und nach Möglichkeit durch seine Rede dazu beigetragen, die nachtheilige Meinung, die er von meinen politischen Absichten und Leistungen auch in der inneren Politik hat, in möglichst weiten Kreisen zu verbreiten, ohne sich dabei sehr an die Vorlage zu binden. Ich muß mir das gefallen lassen, ich bin daran gewöhnt. Dagegen habe ich heute früh aus dem Oldenberg'schen Berichte Kenntniß von der Rede des Herrn Abg. Richter erhalten, die eingehend die Frage selbst behandelt, die uns beschäftigt. Ich vermeide in der Regel, so viel ich kann, mit dem Herrn Abg. Richter direkt in Diskussion zu treten; es hat das seine Schwierigkeiten für mich, denn ich sehe in der Art, wie jemand hier öffentlich spricht, eine Art von Selbsteinschätzung, keine finanzielle, aber doch in Bezug auf das Maß der Achtung und Höflichkeit, das Jemand dadurch in Anspruch nimmt, daß er es Anderen gewährt. In Bezug auf diese Einschätzung treffe ich mit der meinigen und der Abg. Richter mit der seinigen nicht vollständig zusammen und es ist schwer, auf Vorwürfe und Argumente gewisser Art anders als in demselben Tone zu antworten. Ich werde indessen doch eine sachliche Kritik versuchen und hoffe, daß es mir dabei möglich sein wird, mich innerhalb der Grenzen meiner Erziehung und meiner Gewohnheit zu halten. (Beifall rechts.) Der Herr Abgeordnete hat mir zunächst — ich kann nur nach dem Oldenberg'schen Berichte urtheilen — vorgeworfen die gestrige Rede des Reichskanzlers sei eine neue Auflage seiner bereits vor 1879 dem Reichstage gehaltenen Rede. Ich glaube, der Abg. Richter sowohl wie ich kommen, wenn wir bestimmte Ziele verfolgen, recht häufig in die Lage, dieselben Argumente in mäßig veränderter Form öfter wieder vorbringen zu müssen, und der Abg. Richter, der darin eine so reiche Erfahrung hat bei den vielen Reden, die er innerhalb und außerhalb des Hauses hält, sollte doch, wenn er selbst in einem Glashause wohnt, nicht mit Steinen werfen. Er hat mir damit einigermaßen die Anspielung zurückgegeben, die ich einmal auf den Umzug der Statisten in der Jungfrau von Orleans machte. Wir sind aber doch nicht ganz in derselben Lage. Einmal, glaube ich, wiederhole ich mich nicht so oft, wie der Abg. Richter, und sage nicht so häufig dasselbe, schon deshalb, weil ich überhaupt viel seltener spreche; dann aber auch, glaube ich, ist der Unterschied zwischen uns, das, was ich wiederhole, ist wahr, das, was der Abg. Richter wiederholt, halte ich wenigstens nicht immer für wahr, ja in dem, was er hier von oft gesagten Dingen wiederholt hat, auch sogar in der Regel. Es kommt aber doch auf die Wahrheit dessen einigermaßen an. Ich komme mit weniger Wiederholungen aus, weil ich mich an die Wahrheit halte. Eine zweifelhafte Behauptung muß recht häufig wiederholt werden, dann aber schwächt sie sich immer einigermaßen ab und es giebt Leute, die annehmen, mit der Sicherheit könne das nicht behauptet und gedruckt werden, Leute, die nicht selber nachdenken, wenn nicht etwas Wahres daran wäre. Der Herr Abgeordnete hat dabei erwähnt: „es fehlte nicht die anschauliche Schilderung einer Exekution; der Steuerexekutor, der damals schon beseitigt werden sollte, geht jetzt immer noch um, wie damals". Das ist es ja, wogegen ich kämpfe und was ich bedauere, daß alle Anstrengungen des Königs und der Regierung, um diese Anomalie wie in allen anderen Staaten zu beseitigen, daß die fruchtlos sind. Ein Uebel wird durch längere Dauer nicht erträglicher, und wenn ich genöthigt bin, mein Amt noch weiter zu verwalten, so werde ich Ihnen diesen Steuerexekutor noch öfter vorhalten, und zwar so lange, bis Einer von uns Beiden todt ist, entweder der Exekutor oder ich (Heiterkeit.) Nun sagt Herr Richter weiter, es liege der Schluß nahe, daß das System der neuen Zölle und Steuern die Ursache der Exekutionen sei. Das ist eine objektive Unwahrheit, er selbst mag es für wahr halten. Ich habe in der Hauptsache, wie der stenographische Bericht zeigen wird, von der Zahl der Exekutionen von 1876 und 1877 gesprochen, dann von 1878, also dem Jahre vor dem Zolltarif, von 1879, wo wir die Zölle machten, von 1880, wo sie noch nicht in Wirkung waren, und dann weiter nichts. Diese Insinuation steht also vollständig in der Luft, weil der Herr Abg. Richter nicht seine gewöhnliche Geistesgegenwart in Vergegenwärtigung der Daten, von denen ich sprach, in promptu gehabt hat. Wie sollen die Zölle, die 1879 beschlossen sind und 1881 noch nicht in voller Wirkung waren, auf die Exekutionen von 1876 und 1877 eingewirkt haben. Ich fordere den Abg. Richter zum Beweise auf, und ersuche jeden seiner Gegner, bei Wahlreden auf dieses in perpetuam rei memoriam konstatirte Faktum Bezug zu nehmen, wenn Herr Richter wieder eine solche Insinuation in Betreff der Wirkung der Zölle macht. Er klagte dann über die Vertheuerung von Brod, Schmalz und Petroleum durch die Zölle und sagt: schlimmer als der Exekutor wirke der Hunger. Nun, ich denke, in Bezug auf das Petroleum wird der Hunger bei unseren Landleuten nicht wirken. (Heiterkeit. Rufe links: Au!) In Bezug auf das Uebrige muß ich, wenn er noch immer meint, daß die Zölle die Nahrung und das Brod vertheuern, wieder etwas wiederholen, und ich frage Herrn Richter, wie oft hat er dieses Argument schon wiederholt und vorgebracht hier in diesem Raume, außerhalb im Wahlkreise und bei seiner Thätigkeit in der Presse. Wie kann er also einem Minister vorwerfen, der seit 18 Jahren dasselbe Ziel verfolgt, daß auch der sich wiederholt, wenn er für dieselbe Sache, die ihm immer abgestritten wird, dasselbe Argument bringt. Auf unseren Konsum an Brod und Brodkorn wirkt nicht allein der Kornzoll. Der Zoll beträgt etwa 14 Millionen im Jahre. Unser Brod- und Kornkonsum besteht aber doch nicht blos aus den zwischen 16 und 30 Millionen variirenden Einführungen von Getreide, sondern zum viel größeren Theil aus unserer eigenen Produktion, die 160 bis 120 Zentner im Durchschnitt beträgt, nur Weizen und Roggen, von Gerste und anderen Surrogaten ganz abgesehen. Damit sind die 16—30 Millionen Ctr. Mehl und Getreide mit Abzug dessen, was wieder ausgeführt wird, eingerechnet, wenn ich die Ziffer auf 230 Millionen Zentner ausdehne. Auf diesen lastet der Eingangszoll von 14 Millionen — plus sämmtlichen direkten Abgaben unserer Landwirthschaft, die sie leisten muß, ehe sie das Korn zu Markt bringen kann. Sie muß die direkten Steuern auf den Marktpreis zuschlagen. Die direkten Steuern der einheimischen Landwirthschaft wirken also, wenn überhaupt die Getreidepreise nicht von viel größeren Verhältnissen des Weltmarktes abhängig wären, weit schwerer als der Zoll. Die einheimischen direkten Lasten, die auf unserem Kornland ruhen, betragen, wie Sie ebenfalls aus den vom preußischen Abgeordnetenhause nicht gelesenen und noch weniger von der Presse benutzten Motiven für das Verwendungsgesetz erfahren können, zusammen 200 Millionen an Grundsteuer, Klassensteuer, Schulsteuern und sonstigen Schullasten und Häusersteuer. Diese Belastung beträgt also ungefähr 1 Mark auf den Gesammtkonsum des einheimischen und ausländischen Getreides. Zu dieser wirklichen schweren Belastung kommt der verhältnißmäßig sehr geringe Zoll von 14 Millionen, also pro Kopf der Bevölkerung ca. 30 Pf. Was will das sagen gegen die ungeheure Belastung des inländischen Getreidepreises, die den hungernden Armen, für den sich Herr Richter so sehr interessirt, den Zentner Brodkorn um eine volle Mark vertheuert. Denn der Landmann muß seine Steuern beim Verkauf des Getreides wieder einbringen. Die Herren sind über die 14 Millionen Zoll immer sehr zerknirscht, verschweigen aber stets die Thatsache, daß durch die direkten auf der Landwirthschaft lastenden Steuern der Zentner um mindestens eine volle Mark, also mindestens um das dreifache der Wirkung des Zolles beträgt. Es ist also wohl berechtigt, wenn die Regierung versucht, diese Ungleichheit der Besteuerung des inländischen und ausländischen Getreides auszugleichen. Wollten wir es in vollem Maße, so müßten wir den Zoll verdreifachen. Wir begnügen uns aber mit dem jetzigen finanziellen Erträgniß und vertrauen auf die vielgerühmte Geduld unserer ackerbauenden Bevölkerung, daß sie sich bemühen wird, diese Ungleichheit zu überwinden. Und wenn wir gute Ernten haben, so wird die Ungleichheit eine Zeitlang bestehen bleiben können, es muß aber dahin gewirkt werden, daß die Lasten, die auf unserer Kornerzeugung im Inlande ruhen, vermindert werden. (Beifall rechts.) Wir würden mit großen Gefahren für die Zukunft spielen, wenn wir die Grundbesitzer, die Landgemeinden nöthigen würden, immer mehr von ihrem Boden der Kornerzeugung zu entziehen, dem Waldbau oder der Vernachlässigung zu übergeben, oder den Landbau einzustellen. Wenn wir dahin kommen, alles Getreide vom Ausland zu beziehen, in welche Lage kommen wir dann bei Kriegszeiten, oder wenn gleichzeitig in Amerika oder Rußland eine Mißernte eintritt, was bei den dortigen klimatischen Verhältnissen gerade ebenso viel ist, als die überreichen Ernten. Es ist eine Pflicht gegen unsere Nachkommen, daß wir den inländischen Getreidebau nicht in Verfall gerathen lassen, und die Aeußerung, die der Abgeordnete Richter nicht müde wird, immer zu wiederholen, um die Lasten des inländischen Getreidebaues womöglich zu vermehren, die des ausländischen zu vermehren, würde ich nicht für patriotisch halten, aber auch für unbegründet und nicht nachweisbar außer in einer Wählerversammlung von leichtgläubigen Leuten. (Zustimmung rechts.) Herr Richter sagt weiter: weiß denn der Kanzler nicht, daß die Klassensteuer 1878 eingeschränkt worden ist?" und er wiederholt diese Wendung „weiß denn der Kanzler nicht" im Folgenden mehrmals. Es ist das eine von den Wendungen, die das Grenzgebiet, das ich mir in der Erwiderung gesteckt habe, überschreiten. Ich könnte sonst eine Menge ähnlicher Bemerkungen in gleichem Tone machen. Aber das, worüber mir Herr Richter öffentlich Unwissenheit glaubt vorwerfen zu dürfen, ist wiederum nicht wahr. Es ist gesetzlich wahr, daß alle Einkommen unter 140 Thaler von der Klassensteuer frei sind und man hat eine ganze Menge herausgerechnet. Ich behaupte aber, es giebt keinen Hausstand, der weniger wie 140 Thaler Einnahme hat, wenn nur richtig gerechnet die Wohnung, Kleidung, Heizung und die thatsächliche Ernährung veranschlagt wird. Das ist einer der schlagendsten Beweise der Unbekanntschaft unserer städtischen, wissenschaftlichen, bureaukratischen, gesetzgeberischen Kreise mit den wirklichen Verhältnissen auch in den ärmsten Landestheilen, daß sie annehmen, es könnte überhaupt eine Familie existiren mit weniger als 140 Thlr. Jahreseinkommen. Ein heranwachsender Junge, ein Lehrling in Landwirthschaft, Gärtnereien kann unter den billigsten Verhältnissen nie unter 50—60 Thlr. im Jahre ernährt werden. Bedenken Sie nun einen erwachsenen Menschen mit den Kleidungs- und Nahrungsbedürfnissen, die selbst der Aermste, der Bettler hat, so sage ich: es giebt keine ortsarme Familie, die für 140 Thlr. erhalten werden kann. Wer das bestreitet, hat keine Erfahrung (Beifall rechts) oder er hat die Erfahrung aus den großen Städten, wo die großen Nahrungssorgen häufig vorkommen, die bei uns auf dem Lande ganz unerhört sind. Bei diesem Maßstab also, und wenn nur die Kontingentirung vor der Erweiterung schützt, ist kein Mensch klassensteuerfrei. Es sind Rechnungsfehler, wie sie bei Berechnung des Einkommens der Lehrer u. dergl. vorkommen, weil da unpraktische Leute rechnen. Ich gab ferner die Gebäudesteuer an, ohne zu wissen, daß landwirthschaftliche Gebäude von der Gebäudesteuer überhaupt frei sind. Ja, der Herr Abgeordnete vertritt sie, ohne zu wissen, daß landwirthschaftliche Gebäude sie zahlen. Ich selbst zahle sie, ich weiß nicht wieviel, aber ich bin überzeugt, daß ich über 1000 M. lediglich für landwirthschaftliche Einrichtungen zahle. Unbewohnte Häuser, die mir angehören, werden mir zu 500 Thlr. Miethswerth eingeschätzt, verlassene, unbenutzte Fabrikgebäude, so lange sie nicht niedergerissen werden, werden eingeschätzt. Aber was die große Hauptsache ist: alle Wohnungen werden eingeschätzt. Wer kann eine Landwirthschaft ohne Menschen treiben, und jedes Wohnhaus wird nach seinem angeblichen Miethswerth eingeschätzt, der oft mit seinem wirklichen Werthe nichts zu thun hat. Die Einschätzer kümmern sich gar nicht darum, ob das Wohnungshaus verfallen ist, ob ein Dach zehn Jahre lang nicht ausgebessert ist. Sie sagen einfach, wir wollen so und so viel Steuer mehr heraus bringen. Auf diese Weise bin ich zu meinem Erstaunen in meinen Besitzungen, obschon die Gebäude sich verschlechtert haben, um mehrere hundert Mark Steuern erhöht worden. Und dabei sagt der Herr Abg. Richter, daß die landwirthschaftlichen Gebäude überhaupt frei sind und wirft mir Unwissenheit vor. Es würde für Herrn Richter eine recht gründliche Vorbereitung und bei der großen Begabung die er hat, auch für das ganze Land nützlich sein, wenn er im öffentlichen Interesse sich entschließen könnte, einmal ein einziges Jahr als Lehrling oder Gutsbesitzer aufs Land zu gehen. (Große Heiterkeit.) Dann würde er zu anderen Erfahrungen kommen und in dergleichen Irrthümer nicht verfallen. Der Herr Abgeordnete sagt ferner in seiner Vertheidigung der Klassensteuer: „In sämmtlichen großen Städten halten sich viele tausend Menschen nur in Schlafstellen auf, wechseln dieselben fortwährend, wo der Steuererheber sie nicht gleich findet. Daraus würde ich das Argument entnehmen, daß in großen Städten bei unseren heutigen Verkehrsverhältnissen die Klassensteuer kein geeigneter Modus der Besteuerung ist. Der Herr Abgeordnete Richter nimmt aber dieses Argument mit als einen der Vorzüge der Klassensteuer an, die ihre Besteuerten nicht zu finden weiß und daß die Besteuerten große Leichtigkeit haben, sich ihr zu entziehen.

Sodann sagt Herr Richter: die Klassensteuer ist bei uns nicht ein Rest der feudalen Vorzeit. Es kommt dabei nur darauf an, was man unter „feudal" versteht. Ich bin lange nicht so gelehrt und arbeitsam wie Herr Richter, aber so unwissend bin ich doch nach 20jähriger Ministerzeit auch nicht, daß ich nicht wüßte, wie die Klassensteuer entstanden wäre. Wenn ich sage „feudale Zeit", habe ich mich damit dem Sprachgebrauch der Freunde des Abg. Richter angepaßt, die Alles für feudal behandeln, was vor 1848 existirte. Ich konnte mich prägnanter ausdrücken, wenn ich sagte: aus der Zeit des Absolutismus, des Mangels an Verkehr und wirthschaftlicher Entwickelung, kurz und gut, aus einer vergleichsweise unvollkommenen Zeit. Die Klassensteuer trat auch nicht an Stelle einer Mahlsteuer, das ist ein Irrthum des Abgeordneten Richter, den ich auch nicht in eine vorwurfsvolle Frage kleiden will, denn in den Städten, die hauptsächlich durch die Klassensteuer überbürdet sind, ist sie ganz unhaltbar, auf dem Lande ist sie haltbar, aber ungerecht. Aber in den Städten wird der Herr Abgeordnete bei seiner kommunalen Thätigkeit mit mir wissen, daß sie nicht ursprünglich an die Stelle einer Mahlsteuer trat, weil die Könige von Preußen, wie früher einmal Friedrich der Große, nicht durch Steuern das Brod ihrer Unterthanen vertheuern wollten, sondern daß sie im ersten Anfang auch auf dem Lande eine Mahlsteuer — ich glaube, sie hieß „Mühlensteuer" — auferlegt hatten; aber die Finanzminister fanden, ihre Erhebung ungemein schwierig, und deshalb die Mahlsteuer im zweiten Jahrzehnt unseres Jahrhunderts. In Schönhausen zum Beispiel wurde sie noch bezahlt. Sie war aber mit der Kontrole der Mühlen außerordentlich lästig, so daß sie wieder aufgehoben wurde, um auf dem Lande der Klassensteuer Platz zu machen. Daß aber die Mahlsteuer in den Städten von den Königen von Preußen einst aus dieser Rücksicht aufgehoben wurde, wird mir der Herr Abgeordnete auch wohl zugeben. Er bemängelt ferner meine Ansicht in Bezug auf Auswanderung, er sagt, die Auswanderer sind in der Mehrzahl Landarbeiter. Aber das ist ja das Charakteristische, daß die Auswanderung nicht ein Ergebniß der Uebervölkerung ist, denn gerade aus den übervölkertsten Landestheilen ist sie am geringsten und in den am wenigsten bevölkerten am stärksten: in Westpreußen, dann folgt Pommern, Posen, nur Ostpreußen macht eine auffällige Ausnahme, was ich mir gar nicht anders erklären kann als durch die heilsame Verwaltung der dort herrschenden Fortschrittspartei (Sehr wahr! Heiterkeit), die in ihrer Liebenswürdigkeit auf den litthauischen Gütern die Arbeiter an der Auswanderung zu verhindern weiß, ihren heilsamen Einfluß auf Westpreußen aber auch in der Zeit der Zugehörigkeit nicht auszudehnen vermocht hat. Der Ostpreuße hat ein besonders starkes Heimathsgefühl und vielleicht auch die Empfindung, daß er, sobald er den Kreis seiner Landsleute verläßt, in fremden Kreisen nicht die erfreuliche Aufnahme findet, die große Liebenswürdigkeit nicht zu gewinnen pflegt. Zu Hause merkt er das nicht, da ist er unter seinesgleichen. Warum wandern nun die Leute gerade aus diesen landwirthschaftlichen Kreisen aus? Weil diese Kreise keine Industrie haben und die früher vorhandene durch die Landwirthschaft heruntergedrückt und erstickt worden ist. Friedrich der Große hat sie sehr gepflegt, jede kleine Stadt in Pommern, Posen, Westpreußen hatte eine große Tuchindustrie, von der einzelne Reste noch bestehen; es sind Webereien, aber sie sind auch in Verfall. Diesen Provinzen schließt sich Schleswig-Holstein an, Hannover ist sehr stark vertreten, weil es außerhalb einiger Centren, namentlich der Stadt Hannover, überhaupt wenig Industrie hat. In der rein landwirthschaftlichen Bevölkerung ist die Laufbahn, die ein Arbeiter durchmachen kann, schnurgerade, ohne Abwechselung, er kann sie, wenn er 28, 30 Jahre alt ist bis an's Ende übersehen; er weiß, was er verdienen und daß er sich durch seine Beschäftigung über seinen Stand nicht aufschwingen kann. In der Industrie kann kein Arbeiter übersehen, wie er sein Leben abschließt, auch wenn er sich über das Niveau des gewöhnlichen vielleicht nicht erhebt. Sehr viele Industrielle sind vom einfachen Arbeiter zu Millionären aufgestiegen. Die Industrie hat den Marschallsstab, von welchem man sagt, daß der französische Soldat ihn im Tornister trüge. Geschickte Arbeiter kommen oft als Autodidakten weiter als die gelehrtesten Techniker. Das hält die Hoffnung lebendig und steigert zugleich die Arbeitslust. Der Mangel an einer Industrie, an Schutzzöllen befördert am Meisten die Auswanderung. Dann sagt der Herr Abgeordnete, gerade in Amerika giebt es keinen Schutzzoll für die Landwirthschaft. Hat er denn den amerikanischen Tarif wirklich nie in seinem Leben gelesen? Meines Wissens ist der amerikanische Schutzzoll gegen die Einfuhr fremden Getreides genau das Vierfache von dem unsrigen, nämlich 2 Mark für den Zentner, also ein Prohibitivzoll, während er bei uns eine halbe Mark beträgt. Ich weiß nicht, ob mein sachkundiger Herr Kollege (Schatzsekretär Scholz) mein Gedächtniß darin unterstützen kann, es kann ja aber gleich nachgeschlagen werden, und ich ersuche den Herrn Abg. Richter, mich zu widerlegen, wenn es nicht richtig ist. Ich behaupte nur mit voller Sicherheit, daß seine Behauptung, es bestände kein Schutzzoll für die Landwirthe, irrig ist, ich kann nicht alle diese Sachen in petto haben und ich habe als Material nichts weiter als diese mir vorliegende Rede. Ich glaube, es ist genau das Vierfache von unseren landwirthschaftlichen Zöllen und das ist eine Thatsache, die ich bei Wahlbewerbungen den Gegnern des Abg. Richter empfehle.

Dann geht der Abgeordnete über auf die Statistik der Tabaksteuerprozesse. Ja, damit plaidirt er für das Monopol, und gegen die von Ihnen beschlossene Tabaksteuer, die abzuschaffen wäre; da haut er in dieselbe Kerbe wie ich, indem ich sage, die jetzigen Tabakverhältnisse haben auf die Dauer viel mehr Schwierigkeiten für die Interessenten mit alleiniger Ausnahme der 8000 beim Tabakhandel beschäftigten Köpfe, als das Monopol und ich bin dem Abgeordneten sehr dankbar, daß er diese mir bisher unbekannten Angaben gemacht hat, daß die Tabaksprozesse von 2150 auf 15.940 gestiegen sind. Es wird wohl so nicht bleiben, es liegt auf der Hand, daß bei neuen Einrichtungen die Prozesse häufiger sind und daß mit der Zeit das Augenmaß der Prozeßführenden schärfer wird; aber je mehr Prozesse, desto stärker ist der Beweis, daß das bisher nicht von der Regierung allein eingeführte, sondern von der Majorität des Reichstags beschlossene Tabakssteuergesetz manche Härten hat, von denen das Monopol frei ist. Der Abgeordnete hat ferner den mir schon tausend Mal gemachten Vorwurf zum tausend und einten Male wiederholt, ich hätte Versprechungen gemacht auf Grund der Gesetzgebung von 1879, die sich nicht erfüllt hätten. Nun könnte ich ja sagen, seit 1879 ist doch die Wirkung der neuen Zölle noch keine durchschlagende gewesen in einer solchen kurzen Zeit, organische Prozesse großer Völker gehen langsam; aber ich kann viel durchschlagender dagegen auftreten, ich habe gar keine Versprechungen gemacht, nie und nimmer und das ist eine Unwahrheit, die ich auch schon widerlegt habe. Ich habe keine Versprechungen gemacht, ich habe Bitten ausgesprochen, habe gesagt, helfen Sie mir doch den Städten oder anderen Steuerbelasteten diese Vortheile zu verschaffen. Dieses Petitioniren bei dem Reichstage, dem Armen zu helfen, wird mir gleich in eine Versprechung verdreht; wie kann ich etwas versprechen, was ich nicht habe? Ich kann die Gelder nicht bewilligen, wenn sie nicht da sind und jeder Versuch, wie z. B. den einer erhöhten Branntweinkonsumtionssteuer abzulehnen und dann zu sagen: ja, der Kanzler hält seine Versprechungen nicht — da, wo der Kanzler nur gebeten hat: setzen Sie mich doch in den Stand, daß ich dergleichen versprechen kann — ist eine Verschiebung der Verhältnisse, die von gewissen Vertheidigern, wie wir sie heutzutage vor Gericht kennen, wohl gemacht werden kann, aber hier nicht am Platze ist. Ich bestreite auf das Bestimmteste, daß ich jemand auch nur einen Pfennig versprochen habe. Ich habe gebettelt beim Reichstage: setzen Sie mich in die Lage, die Leute schadlos zu halten; aber versprochen habe ich nichts. Ich habe den Wunsch, die Entlastung von den direkten Steuern viel höher zu treiben, sie, wenn möglich bis zu einem Einkommen von 2000 Thlr. abzuschaffen (Aha! links) und von den direkten Steuern nur die Einkommensteuer als eine Anstandssteuer beizubehalten. Treiben Sie es zu hoch in den höheren Klassen, so geht der große Kapitalist entweder selbst hinaus, oder domizilirt durch ein einfaches Telegramm seine Kapitalien im Auslande. Dann kann es mir ja gar nicht einfallen, die gewaltigen Summen, die ich als wünschenswerth für den preußischen Steuerzahler betrachtet habe, von einer plötzlichen Bewilligung des Reichstags zu erhoffen, ich habe blos geschildert, wie groß die Noth ist und daß es der Mühe lohne zu prüfen, wie nahe man dem Ziele auf Abhilfe kommen kann. Ich erinnere mich ganz genau, davon vorgestern gesagt zu haben; erreichen können Sie dieses Ziel nicht, aber es giebt doch die Richtung an. Wie kann also der Abgeordnete Richter mir unterschieben, die Gesammtheit dieser Erleichterungen sofort versprochen zu haben. Er sagt ferner, in der Thronrede hieß es damals, daß die neuen Steuern und Zölle verwendet werden sollen zu Steuerentlastungen. Nun die Steuern und Zölle haben wir ja nicht allein verwendet, sondern nach vorheriger Verständigung mit den parlamentarischen Körperschaften. Dieselben haben in ihrer Majorität diejenigen Beschlüsse gefaßt, nach denen jetzt verausgabt wird. Wer also diese Ausgaben angreift, greift das parlamentarische System und die Majorität an, der ist ein Reaktionär, indem er laudatur temporis acti die Beschlüsse des Reichstags umstürzen will. Er will Reaktion für den Freihandel treiben, die jetzt rite gefaßten Beschlüsse der Reichsregierung sucht er zu untergraben und anzufechten, als ob die Regierung ganz allein und willkürlich die Verwendungen gemacht hatte, während sie geprüft und eingehend berathen sind, von Ihnen beschlossen. Die Herren sind in der Minorität geblieben und finden deshalb für gut, hier nicht davon zu sprechen. Sobald Sie die Majorität haben, ist ihr Glanz gar nicht reich genug, sobald Sie sie nicht haben, dann sind sie die Vertretung willkürlicher Akte der Regierung, wodurch diese ihre Versprechungen gebrochen hätte, als ob wir ein absolutes System in Händen hätten, von dem wir jeder Zeit Gebrauch machen könnten. Ich weiß nicht, ob es wirklich nützlich ist für die Konsolidation des Reichs, auf diese Weise dem gläubigen Leser die Regierung als übelwollend und unfähig toto die darzustellen. Alle diese Aeußerungen des Herrn Abg. Richter würden wahrscheinlich unbesprochen ins Publikum gegangen sein, wenn ich nicht zufällig heute unter den Vorlagen beim Frühstück zuerst die Richter'sche Rede gefunden hätte: bei dem Interesse, das ich für den Abgeordneten Richter habe, schon um mir die Grenzen klar zu machen, bis wohin ein Abgeordneter sachlich gehen sollte, und habe ich sie zuerst gelesen. „Um diese Ausgaben zu decken, reichen 5 Monopole nicht aus". Ich habe aber ausdrücklich gesagt, „sie können nicht auf einmal gedeckt werden". Es kam mir blos darauf an, die große Noth zu schildern, um dadurch, wenn auch nicht hier, aber doch im Lande Klarheit über die Verhältnisse zu verbreiten, die Klarheit, die zu schaffen mich die Strike des preußischen Abgeordnetenhauses verhinderte. Der Herr Abgeordnete kam nachher nochmals zurück auf die Versprechen, die ich den Kommunen gemacht hätte, die aber nicht erfüllt wären. „Der Reichskanzler exemplifizirte auf 350 pCt. Schlachtsteuer." Ist das unrichtig? Will er die amtlichen Angaben widerlegen? Die 350 Proz. sind wirklich bezahlt und den Kommunen ist nicht ein Versprechen gegeben worden, sondern ich bin beim Reichstage als Bittsteller im Interesse der Kommunen aufgetreten. Haben Sie dann das Mittel, der Noth der Kommunen abzuhelfen, versagt, so haben Sie wirklich nicht das Recht, mir vorzuwerfen, als ob eine „Versprechung" darin läge. Die evangelische Kirchensteuer habe ich gar nicht als etwas durch die Kommunen zu Deckendes hingestellt, sondern ich habe sie angeführt als ein ante lineam den Steuerzahler Belastendes, das von seiner Steuerkraft vorher abgezogen werden muß. Um so drückender aber wirkt, was übrig bleibt und durch das Monopol gedeckt werden kann. „Von allen Aussichten für die Kommune habe sich nichts erfüllt, dagegen ist die Gebäudesteuer höher veranlagt worden." Ich kann das nur im höchsten Grade bedauern; es widerspricht sehr meinen Absichten und Wünschen. Ich halte die Gebäudesteuer für genau so ungerecht, wie die Grundsteuer; ich bekämpfe aber die Gebäudesteuer nicht, weil die Vermögenslage einmal geschädigt ist und ohne analoge Ungerechtigkeit nicht wieder gut gemacht werden kann. Ich bekämpfe die Grundsteuer nur als Zuschlagsmaßstab, weil sie das Vermögen nicht trifft und die Schulden nicht abgezogen werden. Es ist genau so bei der Gebäudesteuer; da ist aber eine Klausel im ursprünglichen Gesetze ausgebeutet worden in fiskalischer Richtung, und ich bitte Sie, helfen Sie mir verhindern, daß eine solche Erhöhung nicht wieder stattfindet. Ich halte die Steuer für eine ungerecht veranlagte, gerade wie die Miethssteuer und die Grundsteuer, welche auf das wirkliche Vermögen keine Rücksicht nimmt. Deshalb theile ich das Bedauern ganz vollständig. Der Herr Abg. hat ferner gesagt, nach meinem System würden die Städte über 25,000 Einwohner nur 6 Millionen erhalten. Da hat es sich der Herr Abg. sehr leicht gemacht, indem er meine vorletzte Aeußerung theilweise zitirt, aber worauf ich den Hauptakzent gelegt und was ich ganz expressis verbis in Voraussicht der Entstellungen, denen ich ausgesetzt sein würde, gesagt habe, hat der Abgeordnete verschwiegen und fallen gelassen. Ich habe, wie die Herren sich erinnern werden, hinzugefügt: Für die großen Städte, welche in großem Maße gezwungen sind, staatliche Bedürfnisse zu erfüllen, werde nachher mit Bewilligung des Landtages besondere Berücksichtigung stattfinden müssen. Hat der Herr Abg. sich nicht erinnert, hat er nicht zugehört? Jedenfalls wird er die Ungerechtigkeit wieder gut machen wollen, die er mir zugefügt. Er sagte dann weiter: „Vor Kurzem hat der Herr Reichskanzler noch für die einzelnen Städte die Schlachtsteuer wieder einführen wollen". Das ist mir nicht erinnerlich. Ich habe es als Fehler behandelt, daß man die Schlachtsteuer überhaupt aufgehoben hat, und wenn sie wieder eingeführt würde, so wäre ich der Meinung, daß dies allgemein geschähe. Wenn ich diese Ueberzeugung habe, so komme ich jeder einzelnen Bewegung, die sich in der Richtung meiner eigenen Ueberzeugung bewegt, bereitwillig entgegen und in dieser Beziehung bitte ich auch die Vertreter der Stadt Berlin zu erwägen, daß sie die Möglichkeit, eine Schlachtsteuer einzuführen, die sie schon verspielt hatte, nicht gehabt hätte, wenn ich nicht als preußischer Handelsminister fest auf ihre Seite getreten wäre in der damaligen Sitzung des Landtages, in einem der wenigen Fälle, wo ich überhaupt das Wort ergriffen habe. Aber was ich in dieser Richtung thue, ich bin daran gewöhnt, daß das vergessen, ignorirt, niedergeschwiegen wird und ich muß mir das gefallen lassen. Ich bitte um Entschuldigung, wenn ich lange und wiederum zu viel rede, aber der Abg. Richter ist auch lang gewesen und ich kann die einzelnen Sachen nicht in das Land laufen lassen. Ich haben nicht die Mittel, an demselben Tage noch die Antwort auf den Abg. Richter an die Provinzialpresse zu telegraphiren, denn ich habe keinen Einfluß auf die provinziale Presse. (Heiterkeit links.) Meine Herren, ist dies Lachen wirklich ein Argument? Ich habe gefunden, wenn ich etwas sage, wogegen Sie nichts einwenden können, so lacht einer der Chorführer laut und dann lachen alle mit, das ist das Signal; ein unartikulirter Ton, der so viel heißt: Los! Der Kanzler sagt etwas Lächerliches; ich gebe das Signal — Tambourmajor! (Große Heiterkeit.) Der Abg. Richter sagt, der Wähler würde es lieber sehen, ohne neue Steuern entlastet zu werden; das glaube ich auch; aber wo will der Abg. Richter entlasten? Wo will er sparen oder die Einnahmen hernehmen? Wenn jeder Versuch, den die Regierung macht, nicht als Anknüpfung zu Gegenvorschlägen benutzt wird, so kann er das nur durch Verminderung der Ausgaben. Nun hat er den baulichen Luxus zitirt. Darauf habe ich wenig Einfluß; das müssen Sie an einer anderen Stelle vorbringen; ich billige das auch nicht; ich bin für das haushälterische System, das Friedrich Wilhelm I. bei uns in Preußen eingeführt hat und meinetwegen führen Sie bei uns Regierungskasernen ein mit der größten spartanischen Einfachheit. Sie können sich mit dem Abg. Reichensperger auseinandersetzen, ob er die Baukunst in den Hintergund zu schieben wünscht. Mein Sinn ist auf das Praktische gerichtet, ich bin für das Aesthetische ein schlechter Beurtheiler. Im Hintergrunde steht immer die Verminderung des großen Militärbudgets. Ja, meine Herren, glauben Sie denn, daß es uns Vergnügen macht, eine so große Armee zu halten? Ich weiß nicht, ob den anderen Ländern, die an uns grenzen und von denen unsere beiden größten Nachbarn, Frankreich und Rußland, jeder mehr Truppen unterhält, als das deutsche Reich, ob es denen eine besondere Freude macht oder was sie sonst für Zwecke damit verbinden. Ich habe nur die Thatsache zu untersuchen, daß diese Millionen Bajonette ihre polare Richtung im Ganzen nach dem Zentrum Europas haben, daß wir im Zentrum Europas stehen und schon in Folge dessen wie auch in Folge der ganzen Geschichte den Koalitionen anderer Mächte vorzugsweise ausgesetzt sind. Unsere Schwäche hat früher diese Koalition gefühlt. Die Koalition der drei größten Mächte Rußland, Frankreich, Oesterreich und das deutsche Reich gegen Friedrich den Großen, die Kaunitz'sche Politik ist Ihnen zu bekannt. Warum kann dergleichen sich nicht wieder ereignen? Wir haben Objekte, die die Begehrlichkeit jedes unserer Nachbarn erregen können; wenn ich mir in der auswärtigen Politik irgend ein Verdienst beilegen kann, so ist es die Verhinderung einer übermächtigen Koalition gegen Deutschland seit dem Jahre 1871. Meine ganze politische Kunst aber wäre gescheitert ohne Hinblick auf die deutsche Militär-Organisation, ohne den leider nicht mehr hier anwesenden Marschall, ohne den Respekt, den wir einflößen und ohne die Abneigung, die man hat, mit unseren wohlgeschulten, intelligenten und wohlgeführten Truppen anzubinden. (Bravo! rechts.) Vernichten Sie diesen Respekt und Sie sind genau in der ohnmächtigen Lage von früher, daß Deutschland für die anderen Mächte eine Art von Polen für die Theilung sein wird, das fruchtbare Provinzen enthält, die jeder brauchen kann; bei dem wenig ausgebildeten Vaterlandssinn der deutschen Nation (Oho! links) — warten Sie das Beispiel ab — giebt keine fremde Nation die Hoffnung auf, daß es gerade so gut gelingen werde, wie es Frankreich mit Elsaß gelungen ist, sich deutsch sprechende Leute von deutscher Abstammung zu assimiliren, daß sie lieber die Livrée Frankreichs tragen wollen, als den Rock des freien, deutschen Bauern. (Bravo! rechts.) Also an der Armee rühren Sie nicht! Das ist nicht blos meine Meinung, sondern die der Majorität der Nation; da hört die Gemüthlichkeit auf. (Unruhe links.) Probiren Sie's, Sie werden sehen, was daraus folgt. Also ich weiß nicht, wo der Herr Abgeordnete die Entlastung eigentlich suchen will. Daß der Steuerpflichtige am liebsten gar keine Steuern bezahlte und doch gut regiert, beschützt und vor den Fremden behütet wird, das glaube ich gern, aber wer solcher Theorie das Wort redet, der sollte überhaupt nicht Politik treiben. Der Herr Abgeordnete sagt ferner in Bezug auf das Schulgeld, schon sein Parteiprogramm von 1878 verlange dasselbe, seine Februarrede im Abgeordnetenhause habe zuerst die Forderung gestellt und „unmittelbar nach dieser Rede schloß sich der Kanzler mir an". Ich glaube, in unserem weiteren Benehmen ist doch ein erheblicher Unterschied. Der Herr Abgeordnete hat für die Abschaffung des Schulgeldes geredet und ich habe gehandelt. Ich habe mich bemüht, wirklich der Aufgabe praktisch näher zu treten; es ist gerade wie mit der Herstellung des deutschen Reiches; alle die Herren, die dafür geredet haben (Heiterkeit rechts), die es als frommen Wunsch in die Welt geschickt haben, die sagen: wir haben es eigentlich gemacht. Gehandelt haben sie nicht dafür. Ich komme vielleicht auf das Thema noch einmal zurück, und es ist ja möglich, wenn wir endlich dahin gelangen, den Lehrer anständiger zu stellen, daß dann ebenso wie jetzt die Herren, die in der Konfliktszeit in der Fortschrittspartei waren, sagen: wir haben das deutsche Reich gemacht, denn wir haben es in unserem Herzen getragen, daß ebenso der Herr Abg. Richter sagt: ich habe den Lehrern dies verschafft, denn ich habe schon damals im Jahre 1878 das hingeschrieben: so muß es kommen; ohne meine Anregung wäre es nicht geschehen; der Kanzler hat sich Jahre hindurch die Lunge aus dem Leibe geschrieen, das hat aber nichts geholfen; meine Rede (Heiterkeit rechts) war die Hauptsache! — Der Herr Abgeordnete spricht ferner von einem Steuerzuschlag auf die Kapitalrente. Es ist möglich, daß wir darauf zurückkommen, das ist die einzige direkte Steuer, die wir überhaupt noch auflegen können, daß wir das fundirte Einkommen, was blos durch Kouponsschneiden erworben wird, höher besteuern, wie das mit der Arbeit des Geistes und der Feder oder des Kapitals durch Gefahr und Risiko mühsam verdiente. (Sehr richtig! rechts.) Der Herr Abgeordnete sagt ferner, unser ganzes gegenwärtiges Finanzsystem ist eine Folge des großen Staats-Eisenbahnsystems, der Vermehrung der indirekten Steuern. Ich weiß wirklich nicht, was das Staats-Eisenbahnsystem damit zu thun hat. Einzig und allein doch vielleicht, daß wir seitdem im preußischen Budget einen Einnahme-Titel haben, den wir früher zwar kannten, aber niemals in der Höhe und mit der Sicherheit, und soviel ich höre, nach Anerkennung aller betheiligten Interessen und des Publikums eine wohlgeschulte und höflichere Verwaltung als früher. Das ist freilich zum großen Theile das Verdienst der ausgezeichneten Persönlichkeit, die an der Spitze der Eisenbahnverwaltung steht und die wir freilich nicht immer zu haben rechnen dürfen, deren Verbrauch wir aber nicht dadurch steigern sollten, dadurch, daß die empfindliche Ehrliebe, die Jedermann von Verdienst hat, bei jeder Gelegenheit in irgend einer Form gekränkt wird. (Bravo! rechts.) Die Verstaatlichung der Eisenbahnen war eine der richtigsten Maßregeln, die wir überhaupt ergriffen haben. Der frühere Zustand war fast ebenso kümmerlich wie die Klassensteuer und hervorgehend aus dem Mißtrauen gegen die Eisenbahnen, dessen ich mich noch aus den Zeiten des älteren Ministers v. Bodelschwingh erinnere. Beim Bau der Anhalter Bahn lagen drei Projekte, nach Magdeburg, Leipzig und Dresden vor und die preußische Regierung glaubte damals ganz bestimmt, daß kaum eine einzige nothdürftig das Leben fristen könne, und die würde auch bankerott machen, wenn der Herzog von Dessau nicht die Brücke baute. Wir zwangen also diese drei Linien, sich in dem unförmlichen Ding, welches damals in Roßlau mündete, zu vereinigen, und wir sind lange Zeit auf demselben Anhalter Bahnhof nach Leipzig, Magdeburg und auf dem ungeheueren Umweg nach Dresden gefahren. Das war damals die Stellung der preußischen Regierung und in Folge dessen hat sie das ebenfalls dem absoluten, ja dem feudalen französischen Staate angehörige System, die Eisenbahnmonopole der Privatbahnen, aufkommen lassen, die eine eben so schlimme Institution waren, wie die Generalpächter in Frankreich. Durch die Verstaatlichung haben wir dem Staat wiedergegeben, was ihm gebührt. Ich gebe die Hoffnung nicht auf in Anknüpfung daran, was ich vorgestern sagte, daß wir auch die Privat-Aktien-Gesellschaften in der Politik bewegen werden, die Hand dazu zu bieten, daß auch die Politik des deutschen Reichs wieder verstaatlicht werde. (Heiterkeit.) Herr Richter verwahrte sich ähnlich wie Bamberger, da namentlich unter dem Drucke seines Freundes Leroy-Beaulieu eine gewisse Nachgiebigkeit gegen das Monopol zeigte, nicht auf ewige Zeiten gegen neue Steuern. Das ist nur wieder ein neuer Ausdruck für das Wort, diesem Ministerium keinen Groschen. Wenn wir daran kommen — und darauf rechnen ja die Herren — dann würden wir neue Steuern einführen, man soll uns dann nicht entgegenhalten, wir hätten das auf ewige Zeiten gesagt. Wir wollen den Zeitpunkt abwarten, es thut mir leid, daß ich nicht in der Lage bin, darüber zu verfügen. Wenn ich das Unglück hätte, mit der höchsten Autorität in diesem Lande bekleidet zu sein, hätte ich Sie schon vor 3 Jahren berufen, um Sie operiren zu sehen. (Heiterkeit.) Also nicht auf ewige Zeiten, das ist doch schon etwas besser. Wie lange der Herr Abgeordnete rechnet, etwa bis zum nächsten Jahre, das weiß ich nicht. Ferner ist wieder der Vorwurf gemacht worden, das Verwendungsgesetz sei zu spät eingebracht worden. Indem Herr Richter die Vertheidigung des gar nicht zu vertheidigenden Landtages übernimmt, sagte er, erst am 14. März, 2 Monate nach dem Zusammentritt, ist dem Landtage das Verwendungsgesetz zugegangen, und die Regierung hat volle 14 Monate gebraucht, um es auszuarbeiten. Ja, die Regierung, das geht schon aus dem Namen hervor, hat auch noch einige andere Geschäfte außer Gesetzesvorlagen zu machen, und da sie aus Fleisch und Blut besteht, hat sie auch ab und zu ein gewisses Erholungsbedürfniß. Die Unmöglichkeit, Sachen rasch zu Stande zu bringen, geht in Preußen nur aus dem Zustande hervor, den Sie als Palladium der Freiheit betrachten, daß das Staatsministerium ein abstimmendes Kollegium ist, das unter gegenseitigen Repliken, Dupliken und Quadrupliken, unter gelegentlichem Einfluß Sr. Majestät sehr allmählich und schwierig mit seinen Entschlüssen zu Stande kommt. Der Ministerpräsident hat nichts zu befehlen in Preußen, er hat nur zu bitten. Im Reich ist es anders, da habe ich schließlich, wenn die Gründe der Ressortchefs mich nicht überzeugen, das Recht der Entscheidung, wie es der Ministerpräsident in England hat, wie es bei uns ein Staatskanzler hatte. Da werden auch solche Verschleppungen nicht vorkommen, aber es kommt bei preußischen Vorlagen vor, daß, wenn man glaubt, die Sache wäre fertig, ein Separatvotum eingeht mit einem untergeordneten oder prinzipiellen Bedenken. Das muß erledigt werden, es zirkulirt, es wird dagegen votirt und die preußische Maschine arbeitet so nothwendigerweise langsamer als die Reichsmaschine. Ich bestreite aber, daß am 14. März die Herren nicht volle Zeit gehabt hätten, doch wenigstens einer Prüfung näher zu treten. Die Reichstagssitzungen haben in pleno doch erst nach Pfingsten begonnen, ich weiß nicht das Datum, etwa am 6. Juni. Nun sollte vom 14. März bis 6. Juni nicht Zeit gewesen sein für den preußischen Landtag, wenigstens einige Sitzungen der Prüfung des wirklich sehr bedeutenden Materials zu widmen, welches die Regierung ihm vorgelegt hatte? Andere Gründe hatten nicht obgewaltet als blos der äußerlich vorgewandte der Entrüstung über Verletzung der Würde, der Parallelsitzungen. In früher Zeit haben wir im Juli, August und September gesessen. In der Zeit von 1848 bis in die ersten fünfziger Jahre wurde nach der Jahreszeit nicht mehr gefragt. Nun aber schon am 14. März auf Nichtbeschließen hinzuarbeiten! Dann sagt der Abgeordnete, wir hätten das Gesetz selbst zurückgezogen: „der Reichskanzler hat auf die §§ 1 und 2 eine Antwort bekommen." Es ist das wieder darauf berechnet, daß die meisten Herren das Verwendungsgesetz gar nicht kennen und das Publikum nicht weiß, daß die §§ 1 und 2 überhaupt das ganze Verwendungsgesetz sind, das damit abgelehnt worden ist. Was ist das für eine laterna magica, Schatten an der Wand erscheinen zu lassen, dem Publikum zu sagen: Zwei Paragraphen haben wir abgelehnt, dann hat die Regierung die Vorlage selbst zurückgezogen! Die Berathung über die anderen Paragraphen wäre ja nur eine frivole Zeitverschwendung gewesen. Also hier zeigt sich nur die Absicht, einen unrichtigen Eindruck auf die Wähler zu machen. Das Bedürfniß, die Sache todt zu schweigen, lag auf Seite derjenigen, die es für nützlich halten, daß weiter exekutirt und die Unzufriedenheit nach Möglichkeit gesteigert wird. Unsere Aufgabe ist es, daß nach Kräften zu bekämpfen. Er sagt: „Es zeigt sich, daß es dem Reichskanzler immer schwerer wird überhaupt noch mit einem Parlament zu regieren." (Sehr richtig! links.) Ja, trifft das blos mich? Sehen Sie nach England; sehen Sie, was mein verehrter Kollege Gladstone für Bemühungen hat und sehen Sie, wie in jenem Lande die parlamentarischen Schwierigkeiten sich in Gewehr- und Pistolenschüssen und Verstümmelungen übersetzen. So schwierig ist es bei uns noch nicht geworden, wir haben noch Ruhe und Frieden, wir können, wenn wir die Verhältnisse rundum in Europa vergleichen, mit dem, was die Regierung, der ich seit 20 Jahren angehöre, gewährt hat, immer noch zufrieden sein. Sehen Sie nach Frankreich. Ist es dort leichter geworden, mit dem Parlament zu regieren? Früher war das in England kinderleicht, so lange nur zwei Parteien dort waren, beide interessirt an der Erhaltung der Maschine, die stimmten und zählten untereinander ab, wer die Majorität hatte, regierte. Jetzt sind es vier Parteien in England, es wird also nothwendig sein, ein Koalitionsministerium zu bilden, das zu einer energischen Politik nie im Stande sein wird, sondern die in demselben vertretenen Parteien werden sich gegenseitig Konzessionen machen müssen. Die englische Politik hatte bisher die Majorität nicht, die Whigs hatten dieselbe nicht, wie sie sie sonst den Torries gegenüber oft gehabt hatten, ohne Zustimmung der dritten Partei, der Radikalen und der vierten, der irischen Katholiken. Ich weiß nicht, ob diese Herren mehr Irländer oder mehr Katholiken sind, ich glaube aber das erstere, daß sie eben aus nationalen Gründen widerstreben. Jetzt ist eine Regierung in England schwer möglich, die nicht die über 100 Köpfe zählenden irischen Deputirten für sich hat; deshalb fungirt der Mechanismus in England auch nicht mehr in seiner ursprünglichen Reinheit. Von Frankreich will ich nicht sprechen, da ich keinen politischen Beruf habe, dort Anlaß zu Empfindlichkeiten zu geben. In England fürchte ich dergleichen nicht, man kennt meine Gesinnung für England und ich habe auch nichts gesagt, was nicht frei auszusprechen wäre. Ist es denn in Oesterreich-Ungarn leichter geworden mit den Parlamenten zu regieren? Die sogenannten Herbstzeitlosen unter den Deutschen in Oesterreich haben die Möglichkeit der Regierung mit den Deutschen zu gehen vollständig ruinirt aus denselben Gründen, aus denen ich vorgestern anführte, daß eine Parteiregierung bei uns vollständig unmöglich ist: einmal weil auch dort die Partei nicht stark genug war, und dann weil jede Partei unter dem Eindruck der Fortentwickelung ihrer Partei steht. Diese Fortentwickelung findet nothwendig in der Richtung des Extrems statt, des weiteren Fortschreitens in der Richtung, der die Partei überhaupt angehört. Eine konservative Partei wird der Gefahr der Reaktion immer unterworfen sein, wenn sie länger regiert; es wird sich immer einer finden, der in konservativen Regierungen immer weitergehende Theorien aufstellt und

für die wie für alle E[illegible]e leicht die Menge zu gewinnen ist. Dasselbe ist in der liberalen Partei der Fall, da wird immer einer den andern überbieten — so ist es in Frankreich gegangen, so ist es in England gegangen — und der Ueberbotene wird immer Unrecht bekommen und die Neuwahlen werden sich von selbst dem, der auf die Regierung schimpft, zuwenden; auf diese Weise ist auch die deutsche Partei in Oesterreich, in Cisleithanien durch die Maßlosigkeit ihrer Forderungen schließlich in die bedauerliche Lage gekommen, daß sie die Dynastie genöthigt hat, sich mehr an eine andere Partei anzulehnen im Interesse ihrer Erhaltung, eine Dynastie, die nach ihren ganzen Traditionen ohne irgend eine Nationalität zu bevorzugen, doch in den Deutschen das ihr zunächst zur Hand liegende Instrument zur Regierung des gesammten Reiches sehen muß. Ich bitte Sie, meine Herren, sich doch das Beispiel der Herbst'schen Partei in Oesterreich — der „Herbstzeitlosen" nenne ich sie, weil sie nie etwas zur rechten Zeit gethan (Heiterkeit) — einigermaßen zu Herzen zu nehmen, wohin eine Parteitaktik führt, in der jeder Führer von morgen den Führer von heute überbietet, nachdem der Führer von heute den Führer von gestern durch Uebergebot schon ruinirt hat. Deshalb ist eine Parteiregierung bei uns ganz unmöglich, und wenn sie angefangen hat, so wird sie sich in kürzester Zeit in der Maßlosigkeit der Doktrin, die den Deutschen noch mehr eigenthümlich ist, und in dem Druck der Wahlkämpfe, die künftig erregt werden oder von unten aufsteigen, ruiniren. Bei uns kann nur parteilos regiert werden. Wo haben Sie denn einen Minister, der 20 Jahre lang am Ruder geblieben ist, bei uns ist er nicht vorgekommen, im Auslande noch viel weniger. Wenn ich so beschaffen wäre, daß ich überhaupt mit einem Parlamente nicht regieren könnte, daß mit mir nicht auszukommen wäre, ich habe Parlament und Verfassung vorgefunden, wie ich in den Dienst trat — so darf ich wohl kühn behaupten, ich hätte es auf eine so lange Zeit nicht gebracht. So ganz untraitable kann ich also nicht sein. Mit einem Parlament von lauter Richtern, in dem Herr Richter die Majorität hat, würde ich allerdings nicht regieren können, damit kann überhaupt kein Mensch regieren. (Heiterkeit.) Herr Richter sagt: „Auch die Spur einer Selbständigkeit, einer selbständigen, geschäftlichen Behandlung verträgt der Reichskanzler nicht." Vertrage ich nicht jede Ablehnung? Wie viele habe ich mir schon geholt? Herr Bamberger sagt, das Feld wäre mit Trümmern abgelehnter Vorlagen bedeckt; gegen wen spricht denn das? Waren die Vorlagen vernünftig, so ist ihre Ablehnung eine Niederlage derer, die sie abgelehnt haben, waren sie unvernünftig, so ist es gut, daß für die Regierung der unrichtige Weg, auf dem sie wandelte, durch einen Schlagbaum verschlossen worden ist. Das ist das Ergebniß des konstitutionellen Lebens. Sie schlagen ja Ihrerseits gar nichts vor. Sie haben ja die Initiative der Gesetzgebung. Warum haben Sie nie ernsthaft davon Gebrauch gemacht? Gegenüber 1000 Vorlagen der Regierung sind die Fälle zu zählen. Es ist aber sehr bequem, die Regierung immer so zu sagen herauskommen zu lassen, sich in die Hinterhand zu setzen und Alles anzugreifen, herunterzureißen und zu bekritteln, mit Weglassung nothwendiger Argumente, die für die Regierung sprechen. Ganz nach dem Prinzip: Ich habe keine Meinung, so lange die Regierung keine ausspricht, sobald sie aber eine ausspricht, so habe ich die entgegengesetzte. Wie können Sie es vor Ihren Wählern verantworten, daß Sie von Ihrer Initiative nicht Gebrauch machen, sondern sich nur auf das Abwarten und Vigiliren legen. Damit könnten Sie eine Regierung, die weniger Hingabe an vaterländische Zwecke hat, ermüden, schon durch die einfache Zwickmühle, die Herr Richter wieder angeführt hat: Niemand wollte Verwendungszwecke festsetzen, ehe die zu verwendende Summe vorhanden sei, und auf der andren Seite hat man sich geweigert das Fell des Bären zu theilen, der noch nicht geschossen ist, wir weigern uns sogar denselben zu schießen. Ja, dann mögen Sie doch ein anderes Jagdobjekt vorschlagen, oder Sie bestreiten, daß wir überhaupt etwas brauchen. Das ist also die Frage, die uns zukünftig beschäftigen wird, die Frage des Bedürfnisses, auf [illegible] Felde erwarte ich Sie, und das Herrn Richter so unangenehme Gespenst des preußischen Exekutors wird dabei immer wieder auftauchen. Aber wäre es nicht des Landtages und des Reichstages würdig, daß Sie auch einmal eine Andeutung machen, geben Sie uns in dieser Hinsicht etwas, daß wir es thun oder daß Sie sich vor dem Lande mit der Erklärung hinstellen: wir halten die jetzigen Zustände so vortrefflich, wie Candide die Zustände der Welt, und wollen sie in Ewigkeit beibehalten und werden diesem Ministerium, so lange es regiert, nicht gestatten, daß es auf der erstrebten Bahn einen Schritt vorwärts kommt. Das wollen wir nur vor der Bevölkerung klar stellen. Der Wähler ist ja darüber völlig im Dunkeln; er erfährt ja gar nicht, was hier verhandelt wird. Dieser Herr Abgeordnete hat mir ferner eine Intention untergeschoben, die ich nicht habe, nämlich den Mißbrauch der Auflösung. Er sagt, ich würde so lange auflösen, bis der Landtag zu Kreuze kriecht; meine Forderung an den Landtag ist viel konstitutioneller; ich sage: Der König hat das Recht und wird von diesem Recht so lange Gebrauch machen, bis der Landtag auf die Frage, die ihm vom Könige vorliegt, eine Antwort mit Ja oder Nein giebt. Fällt diese Antwort mit Nein aus, so wird der König vor der Verfassung sich beugen und sagen: Sie haben das Recht abzulehnen oder zu bewilligen, ich bedaure Ihre Ablehnung, aber deshalb wird man niemals auflösen. Aber den Landtag, der Kritike macht, wird man mit dem Beifall der ganzen Bevölkerung gern auflösen; die Regierung hat ein Recht, die Meinung des Landes zu kennen, und eine parlamentarische Versammlung, die aus Parteirücksichten die Diskussion verhindern will, die wird fünfzig Mal aufgelöst werden können, ohne daß man konstitutionelle Prinzipien verletzt. Der Abgeordnete hat ferner gesagt: „Woraus ist denn in Preußen der Konflikt entstanden? Aus der Schwäche einer liberalen Mittelpartei, die auf die Heeresorganisation nicht eine direkte Antwort gegeben hat." Das bestreite ich; der Konflikt ist entstanden dadurch, daß eine Mehrheit des Abgeordnetenhauses sich in Konflikt setzte mit dem Geist und Beruf der preußischen und deutschen Nation. (Sehr richtig! rechts.) Die Thatsache war, daß der König mit seiner Armeeorganisation die nationale Sache vertrat und daß der König aus parlamentarischer Machtlust bekämpft wurde. Dieselben Herren sagen, sie waren von Anfang an für das deutsche Reich thätig gewesen und sie hätten eigentlich das Verdienst, daß es überhaupt zu Stande gekommen; sie hätten den Gedanken zuerst gehabt. Das letztere, die Priorität, ist nicht einmal da. Wer hat 1813 und 15 das deutsche Reich sich gewünscht? Vielleicht kaum ein reaktionärer Heißsporn, wie er mir kaum bekannt ist; denn selbst ich, ehe ich in Erbitterung über die Barrikade 1848 weit einging in die Sache, kann doch viele Zeugnisse dafür anführen, daß ich mir irgend eine nationale Neubildung immer gewünscht habe. Diese Herren haben also fromme Wünsche in ihrem Herzen getragen, ich habe mich praktisch ans Werk gelegt. Sie haben das Gegentheil von dem, was für jeden praktischen und klaren Kopf nothwendig war, gethan. Wer auch nur die Anfangsgründe der Politik je berührt hat, der müßte sich sagen, daß ohne die preußische Armee der deutsch-nationale Gedanke sich gar nicht verwirklichen ließ, und ohne daß der König von Preußen ihn sich aneignete. Auf diesen Gedanken, m. H., ist keiner von Ihnen gekommen. Jeder von Ihnen hätte 1862 Minister werden können, und vielleicht noch bessere Aufgaben erfüllen können, da damals der Herr mich für zu reaktionär hielt, um mir das volle Vertrauen sofort in die Hand zu geben. Aber wer hat von Ihnen denn überhaupt einen Gedanken in der Richtung geäußert? Wer hat den Wunsch ausgesprochen, Preußen solle eine starke Armee haben? Sie haben gesucht, dieselbe zu zertrümmern und zu untergraben (Widerspruch links), zu einer Miliz zu machen mit zweijähriger Dienstzeit und einer noch kürzeren, unter Berufung auf amerikanische Zustände in den damaligen Reden. Glauben Sie denn wirklich, daß man damit etwas hätte machen können? Sie sind damit auf dem Holzwege gewesen; das, was Ihnen helfen konnte, die preußische Armee, haben Sie bekämpft und unterdrückt. Sie haben den Offizier gehaßt und heruntergedrückt. Ich erinnere an die Zeit von Sobbe und Putzki und dergleichen Erscheinungen, wie die Presse diese Dinge aufnahm, wie sie die Vergehen Einzelner dem Stande zur Last legte. Wie ist die Armee damals verhöhnt worden, die allein die Trägerin des nationalen Gedankens geworden und geblieben ist. Damals stand Professor und Presse auf der einen Seite und die Armee auf der andern. Bei meinem ersten Auftreten als Minister sagte man von mir, was mir sehr schmeichelhaft war, ich sei nichts wie ein preußischer Offizier in Civil. Ich nahm das dankend an und das Gefühl als preußischer Offizier trägt mich noch höher auf der Woge der nationalen Bestrebungen, der Vaterlandsliebe, als irgend eine parlamentarische Attribution, die ich hier ausübe. (Beifall rechts.) Es wird gesagt: der Reichskanzler war nicht immer gegen die Fraktionen. Ja das kommt sehr auf die Fraktionen an. Gegen die Fortschrittsfraktionen, das Zeugniß muß mir der Herr Abg. geben, bin ich seit 20 Jahren so stetig wie eine Magnetnadel gewesen; gegen diese Partei, die in ihrem Herzen streng royalistisch-republikanisch, unbewußt republikanisch ist. (Oho! links.) Ja, meine Herren, Sie kennen sich selbst nicht, das ist doch die erste politische Regel. (Heiterkeit.) Sie kommen nothwendig dahin. Zur Zeit Mirabeau's glaubte man auch nicht, zur Republik zu kommen. Sie werden es vielleicht noch erleben, daß auch in andern Ländern das noch vorkommt. In der Beobachtung geschichtlicher Entwickelung können Sie mir immer einiges Urtheil zutrauen. Freilich genieße ich hier in Deutschland nicht das Vertrauen, das man mir im Auslande schenkt. Ich bin nur gegen den Gedanken, daß die Fraktion etwas anderes sei, als das Instrument und der Weg, sein patriotisches Interesse für die Gesammtheit zu bethätigen, und daß die Fraktion jemals Selbstzweck wird. Ich habe die Befürchtung ausgesprochen, daß der Fraktionsgedanke den Reichsgedanken verdunkeln werde, daß wir die allgemeinen Gesichtspunkte aus den Augen verlieren, hauptsächlich wegen der deutschen Eigenschaft des Korpsgeistes, des Kampfeszornes zwischen den rivalisirenden Parteien. Wieviel Schwierigkeiten haben wir in Deutschland, Zwistigkeiten zwischen verschiedenen Regimentern einer Garnison zu verhindern. Die Zwecke der Fraktionen bekämpfe ich ja gar nicht, nur die Auskassungen, die eine Verständigung unter den Fraktionen verhindern. Der Herr Vorredner sagt ferner: „Wir sind fest und einig, weil unsere Wähler es sind; die Mehrheit in den Fraktionen ist nicht bestimmend, wenn der Wahlkreis anders denkt." — Ja, wie denkt der Wahlkreis? Das ist sehr schwer zu bestimmen; dazu muß sich eine Assoziation bilden, die die Fäden der Presse, des Vereinswesens und der Korrespondenz dergestalt in Händen hat, daß es in jedem Wahlzentrum eine Anzahl von Vertrauensmännern und Organen giebt, die von demselben Hauptzentrum aus bedient werden und wo sofort per Telegraph die Parole ausgegeben werden kann. 30—40 Kaukus-Assoziirte bilden ein ganz kompaktes Bataillon, gegen das schwer aufzukommen ist. Wer solche Kaukusstimmen kennt, der lacht darüber, wenn er nachher von dem Willen der Nation, von den Stimmungen in dem Wahlkreise hört. Also wenn der Abgeordnete Bamberger z. B. hier im Namen der Nation sprach, wenn der Abgeordnete Richter sagte, das Volk schließe sich immer mehr zu einem Ring zusammen, so möchte ich doch die Frage stellen, was hat denn der Herr Abgeordnete Bamberger für ein Recht, im Namen der deutschen Nation zu sprechen; was hat denn der Herr Abg. Richter mehr Recht als ich, im Namen der deutschen Nation zu sprechen. Den Herrn Abgeordneten Bamberger möchte ich bitten, einmal einen Rückblick auf unsere Vergangenheit zu werfen. Wir sind beide, ich glaube ich 1847, er 1848 in die Oeffentlichkeit der Politik getreten. Seitdem hat der Herr Abgeordnete einen erheblichen Theil seines Lebens in Paris zugebracht. Soviel ich weiß, liegt seine Auffassungsweise noch mehr domizilirt in jener großen Hauptstadt an der Seine, wie bei uns; der Herr Bamberger würde, wenn das in Frankreich zulässig wäre, jedenfalls sujet mixte sein. Und was hat er in der Zeit praktisch zur Förderung des Nationallebens überhaupt gethan? Blicken wir auf die 30 Jahre zurück, was Herr Bamberger seitdem gesprochen und geschrieben hat und was ich geleistet habe, ich glaube, Sie werden dann finden, daß ich zu der Behauptung berechtigt bin, daß ich, der deutsche Reichskanzler, der ich nach dem Willen des Kaisers bin, mehr Recht habe, im Namen der deutschen Nation zu sprechen als Herr Bamberger. Wenn ich nicht als Mitglied des Bundesraths behindert wäre, so zweifle ich nicht, daß sich mir ein Wahlkreis in diesem Lande eröffnen würde. Ich glaube doch mehr Anspruch darauf zu haben, mich für einen Vertreter, ich will nicht sagen für den Vertreter der deutschen Nation zu halten, als Jemand, der mit einer schwachen Majorität aus irgend einem Wahlkreise hervorgegangen ist. Wenn ich der deutschen Nation widerstrebte, dann wäre ich nicht so lange in dieser Stellung, man würde mich wie der Sturmwind hinweggeweht haben. Also diesen Anhalt am deutschen Volke wird mir der Herr Abg. Bamberger nicht nehmen und sein Baum auf dem Boden wächst nicht an die erste Zweigtheilung des meinigen heran. Der Herr Abg. Richter hat ferner gesagt: „Uns fesselt wahrlich nicht Ehrgeiz an diesen Platz; es giebt Viele, die in ihrem Berufe schwere Opfer bringen." Findet das nun Anwendung auf alle Diejenigen, deren Beruf hauptsächlich in der Thätigkeit der Presse besteht? Von denen bestreite ich, daß sie irgend ein Opfer bringen; im Gegentheil, je länger die Sitzung dauert und je lebhafter sie daran betheiligt sind, desto mehr sind sie in der Lage, sich zugleich mit ihrem Berufe zu befassen und ihn mit verstärktem Kapital zu betreiben. Allerdings für eine große Anzahl unter uns ist es sehr hart und ich bedaure, daß wir genöthigt sind, das zu fordern. Wir würden es in geringerem Maße fordern, wenn wir etwas mehr Entgegenkommen und Offenheit fänden. Es wird keine Rede gehalten, auch selbst vom Abg. Bamberger nicht, wo nicht am Schluß eine Anerkennung für mich kommt über meine außerordentlichen Verdienste, das glaubt er seinen Wählern schuldig zu sein. (Heiterkeit.) Aber dann kann er um so schärfer mich angreifen, dann ist er mein Freund, mein Bewunderer. Er hat ein Buch über mich geschrieben, auf das ich stolz bin. Also er ist vielmehr in der Lage, von der Stellung aus mich herabzusetzen in der Oeffentlichkeit, indem er immer sagen kann: ich erkenne ja seine Verstienste an. Aber hier findet das statt, was der Abg. Richter gesagt hat, ich sollte einmal behauptet haben, daß man wahnsinnig sein müsse, um das Geld — (Zuruf links: Minister Lucius!) oder Minister Lucius. Aber vergegenwärtigen sich denn die Herren nicht, daß, wenn Sie das au pied de la lettre nehmen, daß wirklich auch mit Zustimmung der Abgeordneten eine andere Verwendung nicht zulässig sein sollte, daß Sie damit denselben Vorwurf der Geisteskrankheit auf die Majorität werfen, die dieser Verwendung zugestimmt hat? Das kann unmöglich in Ihrer Absicht liegen. Herr Lucius kann nur Verwendungen gemeint haben, die willkürlich gemacht würden. Bloße Vorschläge über die Verwendung der Gelder können mit dem Worte unmöglich gemeint sein. Der Abg. Richter hat ferner gesagt, ich hätte die Sprache des Absolutismus gesprochen. Das ist nicht zutreffend, aber ich würde keinen Augenblick anstehen, die Sprache des Absolutismus zu reden, wenn ich mich überzeugen müßte — wovon ich bisher nicht überzeugt bin —, daß Absolutismus und Patriotismus übereinstimmend sind, daß die deutsche Nationalität, die deutsche Unabhängigkeit nach Außen und nach Innen mehr Schutz und Würdigung bei den Dynastien findet und namentlich bei meinem Herrn, dem Könige von Preußen — kurz und gut, wenn ich optiren müßte zwischen meinem Vaterlande und der parlamentarischen Majorität, so kann meine Wahl niemals zweifelhaft sein, und ich glaube es Jedem zum Muster empfehlen zu können, daß er zwischen Patriotismus und Liberalismus nie in der Wahl zweifelhaft sein sollte — wenn ich in meinem innersten Gefühl unter Umständen noch weiter gehen und wenn ich entschlossen bin, selbst mit einem Unrecht habenden Monarchen, wenn er mir zugewandt und mein geborener Herr ist, auch dann zu Grunde zu gehen, wenn er im Unrecht ist — das ist meine ganz persönliche Liebhaberei, die ich Niemand empfehlen will. Ich vertrete auch amtlich die Sache nur so weit, daß ich sage: es ist traurig genug, wenn in der Ueberzeugung eines Mannes, der so in Geschäften steckt, wie ich, und der, wie ich glaube, sich ein ruhiges Urtheil darüber bewahrt hat, schließlich die Worte „Absolutismus" und „Patriotismus" näher verwandt werden, als verfassungsmäßig wünschenswerth ist. Der Herr Abgeordnete sagte schließlich: „da war es die Nation, da waren es Männer auf der liberalen Seite zumeist, die im Widerspruch mit den Dynastien den deutschen Gedanken lebendig erhielten." Ja, meine Herren, lebendig erhielten wie im Käfig, wie man einen Vogel, einen Spatz im Käfig hält oder einen Papagei. Man hat darüber gesungen, Schützen- und Turnfeste gehalten und da war der Gedanke lebendig. Wer aber hat für ihn gewirkt und gearbeitet, wer den Entschluß gehabt, so wie ich es 1862 gethan habe, daß ich meine ganze Lebensexistenz und nach den Behauptungen der damaligen fortschrittlichen Blätter vielleicht meinen Kopf — es gingen die Redensarten von Polignac — einsetzte, um die Möglichkeit zu haben, die Zustimmung des Königs von Preußen zu einer nationalen deutschen Politik zu gewinnen? Und auf der anderen Seite wollte ich meinem Herrn, der sagte: „ich weiß Niemand, wollen Sie mir auf jede Gefahr hin dienen", meine Dienste nicht versagen. Ich habe damals Mitwirkung gesucht, Vertreter gesucht, ich fand keine; warum sind die Herren, die den deutschen Gedanken so tief im Herzen tragen und von Geburt an gepflegt und gehegt haben, aber heimlich, recht heimlich, ohne etwas dafür zu riskiren, damals nicht hervorgetreten? Was haben sie riskirt? (Ruf: Gefängniß! Alles!) Das war wohl nicht für den nationblen Gedanken, das wird wohl andere Gründe gehabt haben. (Heiterkeit.) Ich will Niemand Unrecht thun, ich weiß solche, die wirklich für den nationalen Gedanken gewirkt haben, die Burschenschaft und Einige, die in irrthümlicher Auffassung der Mittel, weil ihnen das Verständniß für die politische Situation fehlte, anstatt zu suchen eine hinreichende Armee in Deutschland zu schaffen, dieses Mittel in ihrer schwachen Faust und auf der Barrikade suchten. Das kann jedem passiren und für die habe ich keine Rankune, die habe ich nicht nennen wollen; ich bedauere, daß ihnen das Unglück dabei passirt ist. Aber ich habe eine sehr angenehme Stellung vollständig aufs Spiel gesetzt und wenn z. B. die innere Campagne gegenüber der Fortschrittspartei mißglückt wäre, wenn man mich fallen ließ, ich weiß nicht, was aus mir geworden wäre. Das hatte man mir jedenfalls zugesichert, daß von meinem Vermögen nichts übrig bleiben würde, sogar mit härterer Strafe gedroht. Aber nehmen Sie nur an, wenn wir im Kriege Unglück gehabt hätten — ich glaube, daß außer mir Niemand riskirt hätte, nach Hause zu kommen, und doch hing es nicht von mir ab, ob er fehl schlug. Ich bin sehr selten geneigt gewesen, eine oratio pro domo zu halten; aber wenn der Herr Abg. Richter mir gegenüber als Rivale in den Verdiensten für Schaffung des deutschen Reichs und den nationalen Gedanken auftreten will, da muß ich ihm einfach sagen: da kommen Sie mit mir nicht mit! (Lebhafter andauernder Beifall. Zischen links.)

(Fortsetzung im Abendblatt.)

Wollmarkt.

Landsberg a. W., 14. Juni. Die Zufuhr betrug 3500 Ztr. Um 10 Uhr früh war das Geschäft beendet, der Markt ziemlich geräumt. Preise stellten sich 6—9 M. höher als im Vorjahre. Der Durchschnittspreis betrug 171 M., Prima-Qualität 177 M., geringere 162 M., Rustikalwollen 144 M. Hauptkäufer waren Fabrikanten aus Neudamm, Zielenzig. Auswärtige Händler waren nur vereinzelt am Markt.

Telegraphische Nachrichten.

Wien, 14. Juni. Die „Politische Korrespondenz" meldet, daß der Botschafter Rußlands, v. Oubril, welcher vom Kaiser in den Reichsrath berufen ist, hier bereits seine Abberufung notifizirt hat.

Marseille, 13. Juni. Das Mittelmeer-Evolutionsgeschwader, welches gegenwärtig im Hafen von Toulon liegt, sowie die Kreuzer „Duguay", „Trouin" und die Transportschiffe „Sarthe" und „Mitho" haben Befehl erhalten, sich nöthigenfalls zur Abfahrt nach Alexandrien bereit zu halten.

London, 14. Juni. [Unterhaus.] Wolff erklärte, daß ihn Dilke's gestrige Antworten nicht befriedigt hätten, und regte deshalb eine Debatte über Egypten an. Im Laufe derselben sagte Unterstaatssekretär Dilke, eine Diskussion ohne den Schriftenwechsel, der zum Verständnisse der Lage absolut nothwendig, sei unthunlich. Der Generalkonsul Malet gehe in Alexandrien in ein Hotel, woraus seine Ansicht über die Sicherheit der Europäer ersichtlich sei. Dem Admiral Seymour müsse die diskretionäre Verfügung bezüglich einer Landung von Truppen überlassen werden; derselbe habe eine genügende Streitmacht, wenn eine Landung nöthig sei. Andere Mächte würden dann wahrscheinlich diesem Beispiele folgen. Die Beziehungen Englands zu dem Sultan seien sehr befriedigende. Dieser habe dem Lord Dufferin gegenüber seine völlige Uebereinstimmung mit England ausgedrückt. Dilke spricht sein Bedauern über Wolff's Aeußerungen bezüglich des Bündnisses mit Frankreich aus und bezeichnet dieselbe als sehr schädlich.

Konstantinopel, 14. Juni. Der französische und der englische Botschafter sind unter Unterstützung der anderen Mächte bei der Pforte erneut für den baldigen Zusammentritt der Konferenz eingetreten.

Kairo, 14. Juni. Der englische Generalkonsul Malet ist nach Alexandrien abgereist.

Verantwortlicher Redakteur: H. Bauer in Posen. —
Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Inserate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im Juni.

Datum Stunde	Barometer auf 0 Gr. reduz. in mm. 82 m Seehöhe	Wind.	Wetter.	Temp. i. Cels. Grad.
14. Nachm. 2	748,4	SW lebhaft	halbheiter	+15,0
14. Abnds. 10	748,5	W schwach	halbheiter	+ 8,9
15. Morgs. 6	743,6	SW mäßig	bedeckt Regen	+10,0

Am 14. Wärme-Maximum +17°5 Cels.
" " Wärme-Minimum + 9°7 "

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 14. Juni Morgens 0,48 Meter.
" " 14. " Mittags 0,48 "
" " 15. " Morgens 0,48

Produkten-Börse.

Berlin, 14. Juni. Wind: W. Wetter: Bewölkt und kühl.

Am heutigen Markte kamen erhebliche Veränderungen nicht vor, und eine bestimmte Tendenz war auch gar nicht ausgesprochen.

Loko-Weizen still. Im Terminhandel hat sich unsere gestern an dieser Stelle ausgesprochene Ansicht vollkommen bewährt, schneller, als man erwarten durfte. Es zirkulirte heute eine Koloffal-Kündigung, welche zahlreiche Realisationen erzwang und den letzten Rest von Deport auf Juni-Juli beseitigte. Die erwähnten Realisationen wurden meist im Tausch gegen spätere Sichten vollzogen: daher kam es, daß diese recht feste Haltung und selbst eine kleine Besserung gegen gestrigen Schluß aufweisen konnten.

Loko-Roggen schwach angeboten, war ziemlich gut begehrt und erzielte feste Preise. Der Terminhandel verlief recht lustlos. Wenn auch keine Coursreduktionen eintraten, so durfte man die Stimmung durchaus nicht als flau bezeichnen. Der Schluß war matt.

Loko-Hafer wenig verändert. Termine flau.

Roggenmehl in naher Lieferung fest in Folge Beseitigung der Kündigungen. Der Deport wurde größer.

Mais still.

Rüböl ging zu etwas herabgesetzten Preisen wenig um.

Petroleum gut preishaltend.

Spiritus in effektiver Waare knapp und theurer. Termine wenig verändert und wenig belebt.

Weizen per 1000 Kilo loko 198—228 M. nach Qualität gefordert, abgel. Anmeld. — bezahlt, defekter Polnischer — M. ab Bahn bez., per Juni 205—206—207 bez., per Juni-Juli 205—206—205 bez., per Juli-August 203—202½ Mark bezahlt, per August-September — M., per September-Oktober 199¼—200—199¾ Mark bezahlt, Oktober-November 199½—200—199½ M. bezahlt. — Gekündigt 102,000 Zentner. Regulirungspreis 205 Mk. — Roggen per 1000 Kilo loko 141 bis 155 M. nach Qualität gefordert, inländischer 150—153 M. ab Bahn bezahlt, feiner do. — Mark ab Bahn bezahlt, def. polnischer — Mark ab Bahn bezahlt, def. russischer — Mark ab B. bezahlt, russischer polnischer 141—144 M. ab Bahn bezahlt, per Juni 145 bis 144½—144¾ Mark bezahlt, per Juni-Juli 145—144½ Mark bezahlt, per Juli-August 144—143¾ Mark bezahlt, per August-September —,— Mark bezahlt, per September-Oktober 143¾—144—143½ Mark bezahlt, per Oktober-November 144—143¼ Mark bezahlt. — Gekündigt 10,000 Zentner. Regulirungspreis 145 Mark. — Gerste per 1000 Kilogramm loko 122—190 Mark nach Qualität gefordert. — Hafer per 1000 Kilo loko — bis — Mark nach Qualität gefordert, russischer und polnischer 125 bis 142 M. bezahlt, ost- und westpreußischer 134 bis 143 M. bezahlt, pommerscher und Uckermärker 128 bis 142 Mark bezahlt, schlesischer 142 bis 146 Mark bezahlt, f. do. 151—156 M. bezahlt, böhmischer 142—146 bezahlt, f. do. 151—156 M. bezahlt, fein weiß mecklenburgischer — Mark ab Bahn bezahlt, per Juni 134¼ Mark bezahl, per Juni-Juli 134¼ Mark bezahlt, per Juli-August 133½ Mark bezahlt, per August-September — Mark bezahlt, per September-Oktober 133½ Mark bezahlt. — Gekündigt 5000 Zentner. — Regulirungspreis 134½ Mark. — Erbsen per 1000 Kilo Kochwaare 155 bis 190 M., Futterwaare 133—153 Mark. — Mais per 1000 Kilo loko 148—158 Mark nach Qualität gefordert, per Juni 147¾ bez., per Juni-Juli 146 bez., per September-Oktober 139½ Mark. — Gekündigt — Zentner. Regulirungspreis —,— Mark. — Weizenmehl per 100 Kilogramm brutto 00: 30,05 bis 29,00 Mark, 0: 28,50 bis 27,50 M., 0/1: 27,50 bis 26,50 Mark. — Roggenmehl inkl. Sack 0: 22,00 bis 21,00 Mark, 0/1: 20,50—19,50 Mark, per Juni 20,50 Mark bezahlt, per Juni-Juli 20,35 Mark bezahlt, per Juli-August 20,20 M. bezahlt, per August-September — bezahlt, per September-Oktober 20,05 Mark bezahlt, per Oktober-November [illegible]—19,95 Mark bez. — Gekündigt — Ztr. Regulirungspreis — Mark. — Oelsaat per 1000 Kilo — M., Winterraps — M., Winterrübsen — M. — Rüböl per 100 Kilo loko ohne Faß: 56,8 Mark, loko mit Faß 57,8 Mark, per Juni 57,3 Mark bezahlt, per Juni-Juli — M. bez., per Juli-August — Mark bezahlt, per September-Oktober 56,4—56,5 Mark bezahlt, per Oktober-November 56,2—56,3 M., per November-Dezember 56,0—56,1 Mark bezahlt. Gekündigt — Zentner. Regulirungspreis — Mark. — Leinöl per 100 Kilo loko — Mark. — Petroleum per 100 Kilo loko 23,5 M., per Juni 23,0 Mark, per Juni-Juli — Mark, per September-Oktober 23,0 M., per Oktober-November — Mark, per November-Dezember — bezahlt. — Gekündigt — Zentner. — Regulirungspreis — M. — Spiritus per 100 Liter loko ohne Faß 45,5—45,3 bezahlt, mit Faß — M. bezahlt, per Juni 45,6—45,8 Mark bezahlt, per Juni-Juli 45,6—45,8 Mark bezahlt, per Juli-August 46,1—46,4—46,3 Mark bezahlt, per August-September 46,9 bis 47,1—47,0 Mark bezahlt, per September-Oktober 47,5—47,6—47,5 Mark bez., per Oktober-November 47,2 M. bez., per November-Dezember 46,9—47,0 M. bez. — Gekündigt — Liter. — Regulirungspreis — M. (B. B.-Z.)

Bromberg, 14. Juni. [Bericht der Handelskammer.]

Weizen unv., hochbunt und glasig 205—215 M., hellbunt 195—205 Mark. — Roggen unveränd., loko inländischer 133 bis 136 Mark. — Gerste, nominell. — Hafer loko 130—145 M. — Erbsen Kochwaare 150—175 Mark, Futterwaare 140 Mark. — Mais, Rübsen, Raps ohne Handel. — Spiritus pro 100 Liter à 100 Prozent 42,25—42,50 M. — Rubelcours 205,00 Mark.

Berlin, 14. Juni. Die Börse konnte sich nicht ganz von der Verstimmung befreien, in die sie in Folge der verschiedenartigen politischen Meldungen schon in den vorangegangenen Tagen verfallen war. Immerhin entsprach die Haltung der hiesigen Börse nicht ganz den von den auswärtigen Plätzen vorliegenden Kursmeldungen, diese ließen erkennen, daß sowohl in London, als auch in Paris und Wien eine gedrückte, von Kurseinbußen begleitete Stimmung vorwaltet. Dem gegenüber zeigte der hiesige Verkehr noch viele Symptome, die auf eine gewisse Festigkeit schließen ließen. So zeichnete sich der lokale Markt durch eine recht günstige Entwickelung aus. Oesterreichische Kreditaktien setzten mit etwas niedrigerem Kurse ein und im Anschluß hieran mußten auch Diskonto-Kommandit-Antheile und mehr oder weniger auch die anderen spekulativen Bankdevisen in den Notirungen nachgeben, dagegen zeichneten sich Eisenbahnaktien, und ganz besonders die Montanwerthe durch Festigkeit und lebhafteren Geschäftsverkehr aus. Von den Eisenbahnaktien waren besonders Marienburg-Mlawkaer beliebt und wurden dieselben zu steigender Notiz in größeren Posten gehandelt. Nächstdem waren Dortmund-Enscheder, Freiburger und Mainzer beliebt. Für Bergwerkspapiere scheint sich eine recht günstige Meinung herausbilden zu wollen, wenigstens konnten die Hauptdevisen dieser Gattung etwas anziehen. Kassa-Banken verhielten sich, ebenso wie die gegen baar gehandelten Industriepapiere, ruhig, konnten sich jedoch gut behaupten. Anlagewerthe blieben meist geschäftslos und auswärtige Staatsanleihen waren im allgemeinen schwächer. — Per ultimo notiren: Franzosen 559,50—560,50—559—559,50, Lombarden 248,50—247—247,50, Kredit-Aktien 551—553—550—551,50, Wiener Bank-Verein 198 Geld, Darmstädter Bank 159,25—159,50—159,25, Diskonto-Kommandit-Antheile 205,50—205,75—205,25, Deutsche Bank 151,60—151,25, Dortmunder Union 94,25—94,10—94,75—93,75, Laurahütte 120,25—120,90—119,90. — Fest.

Fonds- u. Aktien-Börse.

Berlin, den 14. Juni 1882.

Preußische Fonds- und Geld-Course.

Preuß. Consf. Anl.	4½	104,50 bzG
do. neue 1876	4	101,80 bzG
Staats-Anleihe	4	100,90 bz
Staats-Schuldsch.	3½	99,00 bz
Od.-Deichb.-Obl.	4½	
Berl. Stadt-Obl.	4½	102,70 bz
do. do.	3½	96,00 G
Schldv. d. B. Kfm.	4½	102,00 G
Pfandbriefe:		
Berliner	5	109,30 G
do.	4	103,80 bz
Landsch. Central	4	101,40 bz
Kur- u. Neumärk.	3½	95,25 bz
do. neue	3½	91,90 bz
do.	4	101,80 G
do. neue	4½	
N. Brandbg. Kred.	4	
Ostpreußische	3½	91,70 bz
do.	4	100,70 G
do.	4	
Westpr. rittersch.	3½	92,50 G
do.	4	101,40 G
do. I. B.	4	100,90 bzG
do. II. Serie	4½	102,20 bz
Neuldsch. II. Serie	4	101,00 B
do. do.	4½	101,90 bz
Posensche, neue	4	100,70 G
Sächsische	4	
Pommersche	3½	91,80 G
do.	4	100,90 bzG
do.	4½	102,60 bz
Schlesische altl.	3½	
do. alte A.	4	
do. neue I.	4	
Rentenbriefe:		
Kur- u. Neumärk.	4	100,70 G
Pommersche	4	100,70 bz
Posensche	4	100,60 G
Preußische	4	100,75 bz
Rhein- u. Westfäl.	4	100,80 G
Sächsische	4	100,80 G
Schlesische	4	100,70 bz
20-Frankstücke		16,25 bz
do. 500 Gr.		
Dollars		4,18.5 bz
Imperials		16,69 G
do. 500 Gr.		1394,25 bz
Engl. Banknoten		
do. einlösb. Leipz.		
Französ. Banknot.		81,20 B
Oesterr. Banknot.		170,45 bz
do. Silbergulden		
Russ. Noten 100 Rbl		205,90 bz

Deutsche Fonds.

Dtsch. Reichs-Anl.	4	101,90 G
P.-A. v. 55 a 100 Th.	3½	144,00 G
Hess. Prsch. a 40 Th.	—	304,90 B
Bad. Pr.-A. v. 67.	4	133,25 bz
do. 35 fl. Oblig.	—	215,50 bzG
Bair. Präm.-Anl.	4	134,30 bz
Braunsch. 20 thl.-L.	—	100,30 B
Brem. Anl. v. 1874	4	101,25 G
Cöln-Md-Pr.-Anl.	3½	127,60 bzG
Dess. St.-Pr.-Anl.	3½	125,75 G
Goth. Pr.-Pfdbr.	5	118,00 G
do. II Abth.	5	116,40 bz
Hamb. 50-Thlr.-L.	3	186,40 bz
Lübecker Pr.-Anl.	3½	181,50 bz
Mecklb. Eisenbhanl.	3½	94,25 bzG
Meininger Loose	—	27,60 G
do. Pr.-Pfdbr.	4	117,30 bz
Oldenburger Loose	3	149,50 B
D.-G.-C.-B.-Pf. 110	5	108,50 bzG
do. do.	4	96,30 bzG
Dtsch. Hypoth. unk.	5	104,75 bzG
do. do.	4½	102,30 bz
Mein. Hyp.-Pf.	4½	101,50 G
Nrdd. Grdkr.-H.-A.	5	100,10 G
Pomm. Hyp.-Pfdbr.		
Pomm. H.-B. I. 120	5	104,80 bz
do. II. IV. 110	5	102,90 B
Pomm. III. rz. 100	5	100,00 B
Pr. C.-B.-H.-Br. rz.	5	
do. do. 110	5	114,10 G
do. do. 110	4½	108,75 bzG
Pr. C.-B.-Pfdbr. 100	5	104,70 bz
do. do. rkz. 100	4½	103,75 B
do (1872 u. 74)	4	99,60 G
do. (1872 u. 74)	5	
do. (1874)	5	
Pr. Hyp.-A.-B. 120	4½	103,50 bzG
do. II. rkz. 100	5	100,50 bzG
Schles. Bod.-Cred.	5	102,00 G
do. do.	4½	106,40 G
Stettiner Nat. Hyp.	5	100,90 bz
do. do.	4½	102,75 bzG
Kruppsche Obligat.	5	110,60 G

Ausländische Fonds.

Amerik. gek. 1881	6	
do. do. 1885	6	
do. Bds. (fund.)	5	
Norweger Anleihe	4½	
Newyork. Std.-Anl.	6	128,80 G
Oesterr. Goldrente	4	80,40 bz
do. Pap.-Rente	4½	
do. Silber-Rente	4½	65,50 bz
do. 250 fl. 1854	4	
do. Cr. 100 fl. 1858	—	334,00 G
do. Lott.-A. v. 1860	5	122,50 bz
do. do. v. 1864	—	327,00 B
Ungar. Goldrente	6	102,00 bzB
do. St.-Eisb. Akt.	5	96,00 B
do. Loose	—	
Italienische Rente	5	89,70 bzB
do. Tab.-Oblg.	6	
Rumänier	8	
Finnische Loose	—	49,50 G
Russ. Centr.-Bod.	5	71,00 bz
do. Boden-Credit	5	80,70 bz
do Engl. A. 1822	5	82,10 G
do. do. A. v. 1862	5	83,00 bz
Russ. fund. A. 1870	5	
Russ. cons. A. 1871	5	83,10 bz
do. do. 1872	5	83,10 bz
do. do. 1875	4½	
do. do. 1877	5	87,10 bzG
do. do. 1880	4	69,70 bzG
do. Pr.-A. v. 1864	5	138,50 bzG
do. do. v. 1866	5	134,75 bzB
do. 5. A. Stiegl.	5	59,00 G
do. 6. do. do.	5	79,70 bz
do. Pol. Sch.-Obl.	4	78,80 bz
do. do. kleine	4	
Poln. Pfandbr.	5	63,60 bz
do. do.	5	
do. Liquidat.	4	55,30 bz
Türk. Anl. v. 1865	—	12,75 bzB
do. do. v. 1869	6	
do. Loose vollgez.	3	

*) Wechsel-Course.

Amsterd. 100 fl. 8 T.	
do. 100 fl. 2 M.	
London 1 Lstr. 8 T.	
do. do. 3 M.	
Paris 100 Fr. 8 T.	
Blg. Bkpl. 100 F. 8 T.	
do. do. 100 F. 2 M.	
Wien öst. Währ. 8 T.	170,10 bz
Wien. öst. Währ. 2 M.	169,10 bz
Petersb. 100 R. 8 T	205,10 bz
do. 100 R. 3 M.	203,50 bz
Warschau 100 R 8 T.	205,30 bz

*) Zinsfuß der Reichs-Bank für Wechsel 4, für Lombard 5 pCt., Bankdiskonto in Amsterdam 4 Bremen —, Brüssel 4, Frankfurt a. M. 4½, Hamburg —, Leipzig —, London 3, Paris 3½, Petersburg 6, Wien 4 pCt.

Bank- u. Kredit-Aktien.

Badische Bank	4	116,10 G
Bk. f. Rhein. u. Westf.	4	78,25 bz
Bk. f. Sprit- u. Pr.-H.	4	39,25 bz
Berl. Handels-Ges.	4	110,75 bzG
do. Kassen-Verein	4	
Breslauer Disk.-Bk.	4	90,50 G
Centralbk. f. B.	4	
Centralbk. f. J. u. H.		
Coburger Credit-B.	4	85,50 bzB
Cöln. Wechslerbank	4	96,90 bz
Danziger Privatb.	4	109,50 G
Darmstädter Bank	4	159,10 bzG
do. Zettelbank	4	109,00 B
Dessauer Creditb.	4	100,00 B
do. Landesbank	4	119,25 bz
Deutsche Bank	4	151,20 bz
do. Genossensch.	4	129,00 bzB
do. Hyp.-Bank.	4	90,00 bzG
do. Reichsbank.	4½	
Disconto-Comm.	4	205,75 bz
Geraer Bank	4	96,00 bzG
do. Handelsb.	4	90,75 B
Gothaer Privatbk.	4	118,40 bzG
do. Grundkredb.	4	86,90 bz
Hypothek (Hübner)	4	
Königsb. Vereinsb.	4	94,00 G
Leipziger Creditb.	4	159,10 bzG
do. Discontob.	4	112½ bzG
Magdeb. Privatb.	4	116,10 bz
Mecklb. Bodencred.	4	
do. Hypoth.-B.	fr.	94,50 bz
Meining. Creditbk.	4	94,50 bzG
do. Hypothekenbk.	4	91,60 bz
Niederlausitzer Bank	4	93,75 B
Norddeutsche Bank	4	168,00 G
Nordd. Grundkredit	4	51,00 bzG
Oesterr. Kredit	4	
Petersb. Intern. Bk.	4	92,00 bz
Posen. Landwirthsch	4	79,00 bzB
Posener Prov.-Bank		122,00 bzB
Posener Spritaktien	4	66,00 bzB
Preuß. Bank-Anth.	4½	
do. Bodenkredit	4	110,25 bzG
do. Centralbdn.	4	124,75 bzB
do. Hyp.-Spielh.	4	80,50 G
Produkt.-Handelsbk	4	75,00 G
Sächsische Bank	4	122½ bz
Schaaffhaus. Bankv.	4	85,60 bzG
Schles. Bankverein	4	108,00 bzB
Südd. Bodenkredit	4	134,75 bz

Industrie-Aktien.

Brauerei Patzenhof.	4	220,00 bz
Dannenb. Kattun.	4	
Deutsche Bauges.	4	57,25 bzB
Dtsch. Eisenb.-Bau	4	
Dtsch. Stahl- u. Eis.	4	
Donnersmarckhütte	4	61,90 bz
Dortmunder Union	4	12,50 B
Egells Masch.-Akt.	4	5,60 G
Erdmannsd. Spinn.	4	29,75 B
Flora f. Charlottenb.	4	
Frist u. Roßm. Näh.	4	93,25 bzG
Gelsenkirch.-Bergw.	4	128,75 bzG
Georg-Marienhütte	4	89,50 bz
Hibernia u. Shamr.	4	90,00 bzG
Immobilien (Berl.)	4	83,00 G
Kramsta, Leinen-F.	4	100,00 B
Lauchhammer	4	26,50 B
Laurahütte	4	119,75 bz
Luise Tiefb.-Bergw.	4	34,10 G
Magdeburg. Bergw.	4	117,00 bzG
Marienhüt. Bergw.	4	43,50 B
Menden u. Schw. B.	4	60,50 bzG
Oberschl. Eis.-Bed.		56,25 G
Oelheim. Petrol.-A.	4	83,25 G
Phönix B.-A. Lit. A	4	83,90 bzG
Phönix B.-A. Lit. B.	4	
Redenhütte cons.	4	96,25 G
Rhein.-Nass. Bergw.	4	68,90 bz
Rhein.-Westf. Ind.	4	
Stobwasser Lampen	4	20,75 B
Unter den Linden	4	11,00 G
Wöhlert Maschinen	4	5,60 G

Eisenbahn-Stamm-Aktien.

Aachen-Mastricht	4	5375, bzG
Altona-Kiel	4	219,25 bz
Bergisch-Märkische	4	125,60 bz
Berlin-Anhalt	4	151,50 G
Berlin-Dresden	4	17,00 bz
Berlin-Görlitz	4	35,80 G
Berlin-Hamburg	4	359,90 bzB
Bresl.-Schw.-Frbg	4	105,25 bz
Hall.-Sorau-Guben	4	19,50 G
Märkisch-Posener	4	37,40 G
Magdeburg-Leipzig	4	
do. do. Lit. B.	4	
Nordhausen-Erfurt	4	28,60 bz
Oberschl. Lit. A u. C.	3½	246,10 bz
do. Lit. B.	3½	181,00 bz
Ostpreuß. Südbahn	4	87,00 bzG
Rechte Oderuferb.	4	178,70 bzB
Rhein-Nahebahn	4	18,50 G
Stargard-Posen	4½	102,75 G
Thüringische	4	
do. Lit. B. v. St. gar	4	101,90 bz
do. Lit. C. v. St. gar	4½	115,10 G
Ludwigsh.-Berbach	4	204,90 B
Mainz-Ludwigsh.	4	104,70 bz
Weimar-Geraer	4½	51,25 bzB
Albrechtsbahn	5	34,90 bzB
Amsterd.-Rotterd.	4	143,60 bz
Aussig-Teplitz	4	252,50 bzB
Böhm. Westbahn	5	133,25 bzG
Brest-Grajewo	5	
Dux-Bodenbach	4	145,60 bz
Elisabeth-Westbahn	5	89,60 G
Kais. Franz Joseph	5	83,00 bz
Gal. (Karl Ludwig.)	5	135,00 bz
Gotthard-Bahn 95	5	
Kaschau-Oderberg	4	63,20 G
Lüttich-Limburg	4	13,50 bzG
Oestr.-frz. Staatsb.	4	
do. Nordw.-B.	5	350,00 bz
do. Litt. B. Elb.	4	
Reichenb.-Pardubitz	4½	66,40 bz
Kronpr. Rud.-Bahn	5	71,00 bzG
Rjask-Wyas	5	
Rumänier	3½	59,75 G
do. Certifikate	4	
Russ. Staatsbahn	5	129,40 bz
do. Südwestbahn	5	59,70 bz
Schweizer Unionb.	4	50,75 G
Schweizer Westbahn	4	30,20 bzG
Südösterr. (Lomb.)	4	
Turnau-Prag	4	157,00 bzG
Warschau-Wien	4	190,50 bzB

Eisenbahn-Stamm-Prioritäten.

Berlin-Dresden	5	42,75 bzG
Berlin-Görlitzer	5	100,50 G
Halle-Sorau-Gub.	5	81,40 bz
Märkisch-Posen	5	120,50 G
Marienb.-Mlawka	5	115,25 bzG
Münster-Enschede	5	27,25 bzG
Nordhausen-Erfurt	5	96,30 bzG
Oberlausitzer	5	60,00 bzG
Oels-Gnesen	5	63,00 bzG
Ostpreuß. Südbahn	5	105,10 bzG
Posen-Creuzburg	5	79,75 bz
Rechte Oderuf.-Bahn	5	176,25 bzG
Rumänische	5	
Saalbahn		76,00 bzG
Saal-Unstrutbahn	3	
Tilsit-Insterburg	5	85,20 bzG
Weimar-Geraer	5	42,75 bzG

Staatsbahn-Aktien.

Brl.-Potsd.-Magd.	4	
Berlin-Stettin	4½	117,90 bzG
Cöln-Minden	6	
Magd.-Halberstadt	3½	89,20 bzG
Mgd.-Halbst. B. abg.	3½	88,90 G
do. B. unabg.	3½	88,90 G
do. C. do. abg.	5	127,20 G
Münster-Hamm	4	
Niederschl.-Märk.	4	100,70 G
Rhein. St.A. abg.	6½	163,80 bzG
do. neue 4 proc.	5	162,60 bzG
do Lit. B. gar	4	101,40 G

Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen.

Aach.-Mastricht	4	
do. do. II.	5	
do. do. III.	5	
Berg.-Märkische I.	4½	103,00 G
do. II.	4½	103,00 G
do. III. v. St. g.	3½	93,75 B
do. do. Litt. B.	3½	93,75 B
do. do. Litt. C	3½	93,50 bzG
do. IV	4½	
do. V	4½	103,20 bz
do. VI	4½	104,50 B
do. VII	4½	102,80 G
Aachen-Düsseldf. I	4	
do. do. II	4	
do. do. III	4½	
do. Düss.-Elb.-Pr.	4	
do. do. II	4½	
do. Dortm.-Soest	4	
do. do. II	4	
do. Nordb. Fr. W.	4	102,90 G
do. Ruhr.-K.-G. I	4	
do. do. II	4½	
do. do. III	4	
Berlin-Anhalt A.	4	102,80 G
do. B.	4	102,80 G
do. Litt. C.	4½	102,80 bzG
Berlin-Görlitz	4½	103,00 B
do. do. Litt. B.	4½	102,90 B
Berlin-Hamburg I	4	100,75 B
do. do. II	4	100,75 B
do. do. III	4½	104,00 G
Brl.-Ptsd.-M. A. B	4	
do. do. C	4	101,00 B
do. do. D	4½	103,50 G
do. do. E	4½	103,10 bz
Berlin-Stettin I	4	
do. do. II	4	100,90 G
do. do. III		100,90 G
do. IV. v. St. g		100,90 G
do. VI. do.	4	
do. VII.	4½	
Bresl.-Schw.-Freib.	4	
do. do. Litt. G	4½	103,00 bzG
do. do. Litt. H	4	103,30 bzB
do. do. Litt. I	4	103,00 bzB
do. do. 1876	5	106,00 bzG
Cöln-Minden IV	4	100,80 G
do. do. V	4	100,80 G
do. do. VI	4½	104,50 bzB
Halle-Sorau-Guben	4½	103,60 G
do. do. C.	4½	103,60 G
Hannov.-Altenbk. I	4½	
do. do. II	4½	
do. do. III	4½	
Märkisch-Posener	4½	102,70 G
Mainz-Ludwigsh.	4½	103,00 bzB
do. do.	5	105,90 B
Magd.-Halberstadt	4½	
do. do. de 1861	4½	102,75 bzG
do. do. de 1873	4½	102,75 bzG
do. Leipz. A.	4½	105,40 bzG
do. do. B.	4	101,25 G
do. Wittenberge	4½	
do. do.	3	84,50 G
Niederschl.-Märk. I.	4	100,90 bz
do. II. a 62½ thlr.	4	101,00 B
do. Obl. I. u. II.	4	100,90 B
do. do. III conv.	4	
Oberschlesische A.	4	
Oberschlesische B.	3½	94,25 B
do. C.	4	
do. D.	4	
do. E.	3½	
do. F.	4½	
do. G.	4½	
do. H.	4	103,50 G
Oberschles. v. 1873	4	100,40 G
do. v. 1874	4½	
Brieg-Neisse	4½	103,30 B
do. Cos.-Oderb.	4	
do. Nied.-Zwgb.	3½	
do. Starg.-Pos.	4	
do. do. II.	4½	102,50 G
do. do. III.	4½	102,50 G
Oels-Gnesen	4½	
Ostpreuß. Südbahn	4½	102,75 G
do. Litt. B.	4½	102,75 G
do. Litt. C.	4½	102,75 G
Posen-Creuzburg	5	
Rechte-Oder-Ufer	4½	104,00 B
Rheinische	4	
do. v. St. gar	3½	
do. v. 1858, 60	4½	102,90 G
do. v. 1862, 64	4½	102,90 G
do. v. 1865	4½	102,90 G
do. 1869, 71, 73	4½	103,00 G
do. v. 1874, 77	4½	
Rh.-Nahe v. St. g.	4½	100,30 G
do. II. do.	4½	100,30 G
Schleswiger	4½	
Thüringer I.	4	
do. II.	4½	
do. III.	4	
do. IV.	4½	103,25 B
do. V.	4½	103,25 B
do. VI.	4½	103,25 B

Ausländische Prioritäten.

Elisabeth-Westbahn	5	86,90 G
Gal. Karl-Ludwigb.	4½	85,25 B
do. do. II.	5	
do. do. III.	5	
do. do. IV.	5	
Lemberg-Czernow. I	5	80,20 G
do. II.	5	85,70 G
do. III.	5	81,90 G
do. IV.	5	81,50 bz
Mähr.-Schl. C.-B.	fr	59,10 B
Oesterr.-Frz.-Stsb.	3	383,20 bzG
do. Ergänzsb.	3	360,00 bzG
Oesterr.-Frz.-Stsb.	5	105,75 bz
do. II. Em.	5	105,75 bz
Oesterr. Nordwest.	5	88,00 bz
Oest. Nrdwstb. Lit. B	5	87,20 G
do. Geld-Priorit.	5	
Kaschau-Oderb. gar.	5	83,60 bzG
Kronpr. Rud.-Bahn	5	85,10 bzG
do. do. 1869	5	84,50 bzG
do. do. 1872	5	84,50 bzG
Rab-Graz Pr.-A.	4	93,75 bz
Reichenb.-Pardubitz	5	86,00 G
Südösterr. (Lomb.)	3	286,25 bzG
do. do. neue	3	287,25 bz
do. do. 1875	6	
do. do. 1876	6	
do. do. 1877	6	
do. do. 1878	6	
do. do. Oblig.	5	101,60 bz
Brest-Grajewo	5	84,00 bzG
Charkow-Asow g.	5	89,00 G
do. in Lstr. a 20	5	
Chark.-Krementsch.	5	
Jelez-Orel, gar.	5	
Koslow-Woron. gar	5	91,30 bz
Koslow-Woron. Ob.	5	79,00 B
Kursk-Chark. gar.	5	88,00 bz
K.-Chark-As. (Obl.)	5	81,00 B
Kursk-Kiew, gar.	5	96,25 B
Losowo-Sewast.	5	75,00 bz
Mosko-Rjäsan, g.	5	100,90 bz
Mosk.-Smolensk, g.	5	90,50 G
Schuja-Iwanow.	5	88,25 bz
Warsch.-Teresp., g.	5	90,25 bz
do. kleine, g.	5	91,10 B
Warschau-Wien II.	5	
do. III.	5	101,70 G
do. IV.	5	101,70 G
Zarskoe-Selo	5	60,00 bzG

Druck und Verlag von W. Decker & Co. (E. Röstel) in Posen.